

INFOPERU94

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 94 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Justiz in Gefahr \(César Bazán Seminario\)](#)
3. [Wohin Perus Gold geht \(José de Echave\)](#)
4. [Gold ohne Verantwortung \(Thomas Niederberger\)](#)
5. [Wie mit informellen und illegalen Schürfern umgehen? \(Red Muqui\)](#)
6. [Fotogalerie: Vorsicht! Radwege in Peru \(Jimena Rodriguez & Hildegard Willer\)](#)
7. [Freude am Maranon und am Titicacasee \(Trudi Schulze & Hildegard Willer\)](#)
8. [Innenministerin Faeser auf Anti-Kokain-Tour in Peru \(Heinz Schulze\)](#)
9. [Frauenkämpfe gegen Gewalt in Deutschland und Peru \(Annette Brox\)](#)
10. [Neues Waldgesetz: wer profitiert – wer verliert \(Annette Brox\)](#)
11. [Sarita Colonia – die Heilige der Busfahrer und Gauner \(Hildegard Willer\)](#)
12. [Lamas, Alpacas, Vicunhas: Perus Kameltiere \(Carlos Herz Saenz\)](#)
13. [Kurz gemeldet – April 2024](#)
14. [Amazonas-Schildkröten sind ein illegales Millionengeschäft \(Heinz Schulze\)](#)
15. [Ankündigungen und Hinweise 2024](#)
16. [Ankündigung Seminar Infostelle Mai 2024](#)
17. [Danke Hildegard](#)

1. Editorial No 94

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

Sie sind gewohnt an dieser Stelle etwas über die politische Konjunktur in Peru zu lesen. Dieses Mal jedoch möchte ich Ihnen ein paar Zeilen in eigener Sache schreiben.

Irgendwann Ende 2010 fragte mich Mechthild Ebeling, damals Vorstandmitglied der Infostelle Peru, ob ich – aus Lima, wo ich bereits lebte – die Redaktion des neuen Newsletters der Infostelle übernehmen wollte. Ich sagte mit Freuden zu. Am 22. Februar 2011 verschickte ich die erste Ausgabe: zwei Seiten Text, mit ein paar Hyperlinks und Veranstaltungshinweisen. Heute versende ich den 94. Newsletter mit über 50 Seiten in einem professionellen Design und Mailprogramm an knapp 1400 Abonnentinnen und Abonnenten. Es ist der letzte Newsletter unter meiner Redaktion. Mit einem weinenden und einem lachenden Auge gebe ich die Redaktion an meine Nachfolgerin Nicole Maron ab. Weinend, weil diese 13 Jahre InfoPeru für mich wie im Flug vergangen sind und ich nie die Freude und den Enthusiasmus daran verloren habe. Zugleich gebe ich ab, weil mich eine neue spannende Aufgabe erwartet: Seit April 2024 habe ich die gesamte Landesleitung der Schweizer NGO Comundo übernommen.

94 Ausgaben des InfoPeru sind auch eine politische Revue der letzten 13 Jahre Perus. Im ersten Newsletter 2011 stellte ich die damaligen Präsidentschaftskandidaten vor: Alejandro Toledo, Keiko Fujimori, Luis Castanheda, Ollanta Humala, Pedro Pablo Kuczynski. Im selben Jahr trat mit Susana Villaran erstmals eine Frau als Bürgermeisterin an. 2011 gewann Ollanta Humala. Zwei der Genannten waren Bürgermeister von Lima (Castanheda Lossio und S. Villaran), drei waren Präsidenten (Toledo, Humala und Kuczynski). Doch was sie aus heutiger Sicht alle eint: alle wurden wegen Korruption angeklagt, sassen oder sitzen im Gefängnis oder Hausarrest. Keiner hat bisher ein Urteil erhalten, das die Korruptionsvorwürfe besiegelt oder aber entkräftet hat.

Es ist ein Armutszeugnis sowohl für die Demokratie wie auch für die Justiz. In diesen Tagen wird Alejandro Toledo der Prozess gemacht. Zur Erinnerung: Toledo war nach der Aufdeckung der grossen Korruption unter der Regierung Fujimori-Montesinos an die Macht gekommen, es wehte ein Wind des demokratischen Frühlings durch das Land und es ging ans grosse Ausmisten der Korruption. Dass gerade dieser Präsident sehr wahrscheinlich 34 Millionen für sich selbst auf die Seite gebracht hat, ist eine herbe Enttäuschung. Viele Menschen glauben nicht mehr an die Demokratie und daran, dass es Politiker gibt, denen das Gemeinwohl am Herzen liegt.

Als politische Beobachterin des Perus der letzten 20 Jahre kann ich nicht umhin, einen gewissen Frust zu empfinden. Zwei Grundübel Perus – die Korruption und der Rassismus – scheinen nicht ausrottbar zu sein.

Lieber als über die grosse Politik habe ich in deswegen über konkrete Peruaner und Peruanerinnen und ihre Geschichten und ihr Engagement geschrieben. Die kleinen Fortschritte, die sie erreichen und wie sie trotz aller Widerstände am Ball bleiben.

Ich danke herzlich meinem Team – zuerst Jimi Merk, dann Annette Brox, Mechthild Ebeling, später Heinz Schulze– für 13 tolle Jahre InfoPeru. Dank allen ehrenamtlichen Autorinnen und Autoren, sowie Victor Manriquez, der das pdf erstellte, und Sini Bodemer, die oft in letzter Minute beistand, wenn das Mailprogramm mal wieder hakte. Vor allem aber danke ich Euch Leserinnen und Lesern. Dank Eurer Rückmeldungen habe ich immer wieder erfahren, dass der InfoPeru geschätzt wird und es sich lohnt, ihn so gut wie möglich zu machen.

Ich bin sicher, der InfoPeru wird auch unter der Redaktionsleitung von Nicole Maron weiterhin viele Leserinnen und Leser finden.

Hildegard Willer

2. Justiz in Gefahr

Der Konflikt zwischen dem Parlament und der Nationalen Justizbehörde ist ein Beispiel dafür, wie das peruanische Parlament Institutionen demontiert.

Seit mehr als einem Jahr zeigen monatliche [Umfragen](#), dass die öffentliche Zustimmung zum Parlament bei 6 Prozent liegt. Diese anhaltende Ablehnung lässt sich nicht nur durch die schlechte Leistung der Abgeordneten erklären, sondern auch durch die Verabschiedung von Gesetzen, die Peru schaden (Förderung des illegalen Bergbaus, ein Anti-Forstgesetz, ein Gesetz zur Schwächung der politischen Parteien usw.). Die Bürger*innen stellten fest, dass die Parlamentarier*innen zu ihrem eigenen Vorteil und dem ihrer Fraktionen (Erhöhung des Kongressbudgets, Gesetz zur Umgehung der Justiz, Verabschiedung eines Gesetzes, das es ihnen ermöglicht, sich selbst wiederzuwählen und die Zahl der Abgeordneten zu erhöhen, usw.) und nicht zum Wohle der Allgemeinheit handeln. Sicherlich können die Handlungen des Parlaments als kriminell angesehen werden. Ein Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen dem Parlament und der *Junta Nacional de Justicia* (JNJ, Nationale Justizbehörde). Dieser Beitrag fasst diesen Konflikt zusammen und analysiert ihn.



Die Mitglieder der Richterernennungsbehörde JNJ, Aldo Vasquez und Ines Tello, wurden vom peruanischen Kongress abgesetzt. ©Andina/difusion

Die Behörde, die Richter ernennt, im Schussfeld des Parlaments

Die *Junta Nacional de Justicia* (JNJ) ist eine staatliche Behörde, die die Laufbahn der Richter*innen und Staatsanwält*innen verwaltet: Sie regelt ihre Ernennung, Leistungsbewertung und Entlassung. Außerdem ernennt sie die Leiter von zwei wichtigen Wahlbehörden. Die JNJ wurde 2018 durch ein Referendum zur Reform der Verfassung geschaffen. Ihr Vorgänger war der *Consejo Nacional de la Magistratura* (CNM), der aufgrund schwerer Korruptionsskandale, die das kriminelle Handeln von Politiker*innen und Geschäftsleuten zu Gunsten von Richter*innen und Staatsanwält*innen aufzeigten, aufgelöst wurde. Der Fall wurde als die "CNM-Audios" oder die "Wirtschaftsverbrecher*innen des Hafens" bekannt. So wurden die Mitglieder des JNJ im Jahr

2019 unter Einhaltung der Regeln und mit Transparenz ernannt. Die meisten der sieben Mitglieder sind ehrliche Leute (aber nicht alle), und es gibt unter ihnen sogar anerkannte Persönlichkeiten im Kampf gegen die Korruption.

Das Parlament, dem es gelungen ist, seine Leute in Schlüsselinstitutionen wie der Ombudsstelle (Defensoria del Pueblo), dem Verfassungsgericht, der Bildungsbehörde SUNEDU usw. zu platzieren, befindet sich seit Monaten auf einer Hexenjagd gegen die JNJ. Es ist dem Parlament jedoch nicht gelungen, die JNJ zu besiegen und einen starken Einfluss auf ihn auszuüben.

Ein Komplott von Generalstaatsanwältin und Parlament

Ein Wendepunkt der Hexenjagd war der Fall der Generalstaatsanwältin, Leiterin der Staatsanwaltschaft. Sie wurde im Dezember 2023 von der *Junta Nacional de Justicia* vorläufig suspendiert, weil sie mit Unterstützung des Parlaments ein Komplott zur Absetzung eines Oberstaatsanwalts geplant hatte. Die Beweise deuten darauf hin, dass die Generalstaatsanwältin mit Abgeordneten verhandelt und ihnen angeboten hatte, ihre Verbrechen nicht zu untersuchen, wenn sie im Gegenzug für die Absetzung des Oberstaatsanwalts stimmten. Darüber hinaus gibt es Aussagen, die die Beteiligung der Staatsanwältin mit dem gleichen *Modus Operandi* an den Verhandlungen über die Ernennung des Ombudsmanns durch das Parlament belegen.

Das Parlament hat keine stichhaltigen Argumente gegen die JNJ. Sein Hauptargument ist, dass eines ihrer Mitglieder die Altersgrenze für die Ausübung seines Amtes überschritten hat. Das Alter war jedoch bereits im Jahr 2018 ein Thema und wurde damals geklärt. Es gibt Berichte von staatlichen Stellen, die grünes Licht für die Auswahl gaben. Außerdem wurde im Februar 2024 in einem Urteil des Verfassungsgerichts festgestellt, dass die Auswahl des JNJ den Anforderungen, einschließlich des Alters, entsprach.

Inmitten des Konflikts trat ein Mitglied der Nationalen Justizbehörde von seinem Amt zurück, nachdem es Hinweise auf Korruption gegeben hatte. Zur gleichen Zeit entschied das Verfassungsgericht über die Verfassungsklage eines Anwalts, der bei seiner Nominierung für das Gremium zu Unrecht Zahlpunkte erhalten hatte. Das Gericht gab ihm Recht und er wurde in die JNJ berufen.

Das Parlament konnte die Richterwahlbehörde nicht komplett absetzen

Im März 2024 gelang es dem Parlament unter der Leitung seines Präsidenten mit großem Aufwand, die Stimmen für die Absetzung von zwei Mitgliedern des JNJ zu bekommen. Das Parlament kümmerte sich weder um die Untersuchungsberichte noch darum, dass der Fall vor die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte gebracht wurde oder dass ausländische Abgeordnete ihre Besorgnis über die Schwächung der Justiz in Peru zum Ausdruck brachten. Inés

Tello de Ñecco und Aldo Vásquez wurden abgesetzt. Für die Entlassung der übrigen Mitglieder der *Junta Nacional de Justicia* konnte das Parlament nicht die erforderlichen Stimmen aufbringen. Das Parlament hat es nicht geschafft, die gesamte JNJ abzusetzen, wie es im Dezember 2023 geplant war. Aber es hat sie sehr hart getroffen.

Mit der Absetzung schienen die Würfel gefallen zu sein. Aber es war noch ein letztes Spiel zu absolvieren. Die juristische Verteidigung der *Junta Nacional de Justicia* gelang es jedoch, einen Rechtsstreit zu gewinnen. Mit einer Schutzmaßnahme hob eine Kammer des Obersten Gerichtshofs von Lima die Absetzung auf und ordnete an, dass die Mitglieder wieder in ihre Ämter eingesetzt werden.

Die Gefahr ist noch nicht gebannt

Heute ist die JNJ weiterhin im Amt. Das Parlament wurde, vielleicht vorübergehend, besiegt. Der nächste Schritt ist, dass die *Junta Nacional de Justicia* das Verfahren zur Absetzung von der Generalstaatsanwältin, die nur vorläufig suspendiert ist, vorantreibt. Die Rückkehr der Staatsanwältin ins Amt wäre eine Gefahr für das Justizsystem. Obwohl der Fall rechtlich einfach ist, wird es nicht leicht sein, über die Entlassung zu entscheiden. Die Politiker*innen bedrohen die Justiz und lassen sie ihre Arbeit nicht richtig machen.

César Bazán Seminario

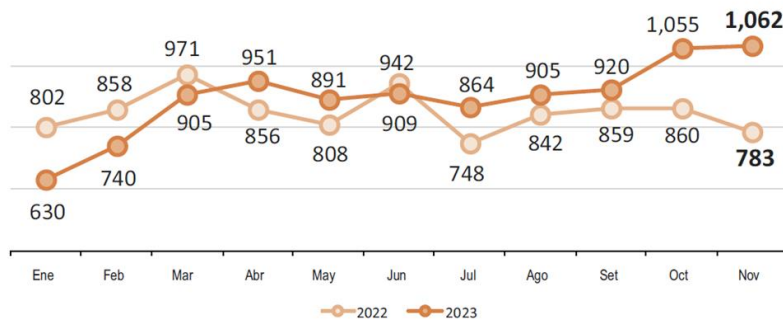
3. Wohin Perus Gold geht

Eine Analyse der Goldproduktion Perus und wohin es exportiert wird.

Es ist interessant, zu analysieren, wie sich Perus Goldexporte in den letzten Jahren entwickelt haben. Dies gelingt besonders gut, wenn man sich Schlüsselvariablen wie Produktion, Wert und Zielmärkte des Goldes anschaut.

Gold ist bekanntermaßen Perus zweitwichtigstes Exportmetall (nach Kupfer). Und trotz der Tatsache, dass die Produktion in den letzten Jahren stagnierte bzw. teilweise sogar rückläufig war, ist der Wert der Exporte im Jahr 2023 gestiegen (verglichen mit 2022). Das liegt auch am Weltmarktpreis pro Unze, welcher derzeit bei über 2.000 US-Dollar liegt.

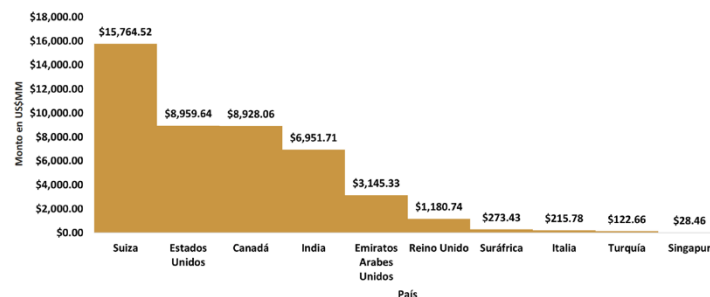
**Valor de las Exportaciones de oro
(Valor FOB en millones de US\$)**



©Ministerio de Energía y Minas

Auch im Hinblick auf die wichtigsten Zielmärkte für die Goldexporte haben sich in den letzten Jahren Veränderungen ergeben. In der Zeit von 2014 bis 2020 gingen die Goldexporte hauptsächlich in die Schweiz (in Summe Gold mit einem Wert von über 15 Mio USD), die Vereinigten Staaten, Kanada und Indien, und zwar in dieser Reihenfolge.

Exportaciones de oro de Perú por país 2014 – 2020



Fuente: Superintendencia Nacional de Aduanas y de Administración Tributaria (SUNAT).

©Cooperacion

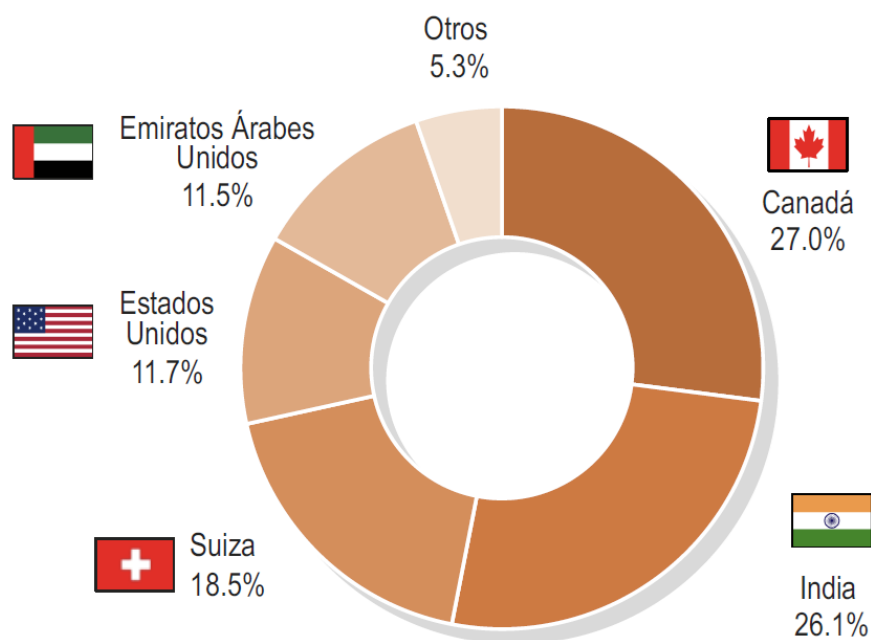
Allerdings zeichnet sich seither eine Veränderung dieser Reihenfolge ab. Betrachtet man das Jahr 2020 isoliert, wird deutlich, dass die Schweiz auf den dritten Platz abgerutscht ist, während Kanada zum Hauptziel für das in Peru produzierte Gold wurde.



Fuente: Superintendencia Nacional de Aduanas y de Administración Tributaria (SUNAT).

Und die neusten Zahlen für 2023 zeigen, dass zwar Kanada mit einem Anteil von 27 % weiterhin auf Platz eins liegt, allerdings nur knapp vor Indien mit einem Anteil von 26,1 %. Die Schweiz rangiert weiterhin an dritter Stelle.

2023: Destino de las exportaciones de oro (enero - noviembre)

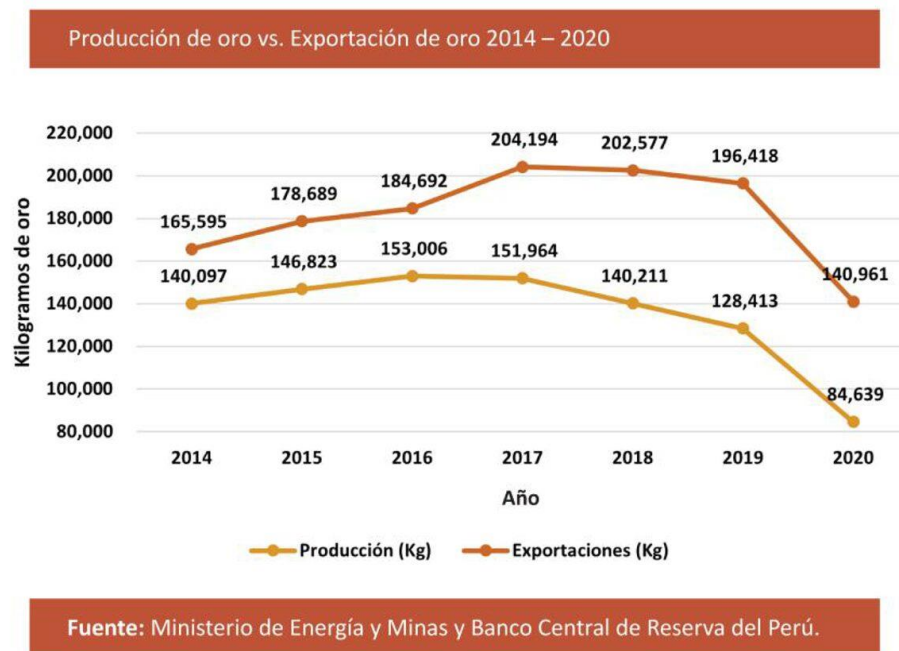


Fuente: PROMPERU – Infotrade.

Fecha de consulta: 19 de enero de 2024.

Nun muss noch geklärt werden, woher das für den Export bestimmte Gold genau kommt: Wie viel davon stammt aus informellem oder illegalem Bergbau? Ein Bericht der Bankaufsichtsbehörde (Superintendencia de Banca, Seguros y Administradoras Privadas de Fondos de Pensiones (SBS)) zeigt, dass im Jahr 2022 45 % der Exporte überhaupt nicht in den Produktionsstatistiken registriert waren.

Im Bericht der Abteilung gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität der Organisation Amerikanischer Staaten heißt es: „Die nicht erfassten Goldexporte haben in den letzten Jahren erstaunliche Ausmaße erreicht. Zwischen 2015 und 2019 produzierte Peru offiziell rund 720 Tonnen Gold; allerdings exportierte das Land im gleichen Zeitraum 2.242 Tonnen des Edelmetalls, womit für fast 70 % der Goldexporte keine offizielle Erfassung der Produktion vorliegt. Es wird angenommen, dass der größte Teil dieses Goldes aus informellem, nicht registriertem und illegalem Bergbau stammt.“



Das Vordringen des informellen und illegalen Bergbaus in weiten Teilen des Landes erfordert eine stärkere Überwachung dieser Aktivität. Es wird deutlich, dass die informellen und illegalen Bergbauaktivitäten offenbar längst mit dem formellen System der Volkswirtschaft in Verbindung getreten sind und somit auch große Goldraffinerien weltweit teilweise mit Rohstoffen aus informellen und illegalem Bergbau versorgt werden.

José de Echave

Übersetzung: Anna Nunenmann

Originalquelle: <https://cooperacion.org.pe/opinion/las-exportaciones-de-oro-los-principales-destinos-y-sus-origenes/>

[1] Die Grafiken 2, 3 und 5 stammen aus dem Bericht der Organisation Amerikanischer Staaten (2021): *Behind the Illicit Gold Money*. Washington.

[2] Die Schweiz verfügt über die größten Goldraffinerien der Welt. Zu den wichtigsten zählen PAMP, Argor-Heraeus und Valcambi. Diese drei Raffinerien sind in der Lage, bis zu 1.500 Tonnen Gold pro Jahr zu verarbeiten, was einem Drittel des weltweiten Angebots entspricht.

[3] Superintendency of Banking, Insurance and AFP (2023): *Analyse des illegalen Bergbaus als Präzedenzfall der Geldwäsche*. Kalk.

[4] Organisation Amerikanischer Staaten (2021): *Hinter dem illegalen Goldgeld*. Washington.

4. Gold ohne Verantwortung?

Der tödliche Unfall in der Yanaquihua-Mine und die Luxusmarken.

Version original en español [¿Oro irresponsable? El accidente mortal en la mina Yanaquihua y las marcas de lujo](#)

Viele Fragen bleiben offen über den tragischen Unfall in der Mine Yanaquihua in Arequipa, bei dem im Mai letzten Jahres 27 Arbeiter ums Leben kamen. Medien in der Schweiz haben in den letzten Wochen darüber berichtet, da das in Yanaquihua geförderte Gold durch die Initiative „[Swiss Better Gold](#)“ (SBG) als „verantwortungsvoll“ zertifiziert war. Die SBG ist eine Partnerschaft aus privaten und öffentlichen Trägern und erhält Finanzierung durch die Schweizer Regierung.

In einer [Stellungnahme vom 11. Januar](#) hat die SBG nach langem Schweigen ihren Standpunkt öffentlich gemacht. Darin verweist sie darauf, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen seien, sondern lediglich ein Polizeibericht vorliege, der der Öffentlichkeit nicht zugänglich sei. Die Staatsanwaltschaft hätte ihre Ergebnisse im Januar 2024 vorlegen oder eine Verlängerung beantragen müssen. „Sobald die Staatsanwaltschaft ihre Erkenntnisse auf der Grundlage des Polizeiberichts veröffentlicht hat, wird die SBG diese bewerten und allenfalls eine Stellungnahme zu den weiteren Maßnahmen abgeben“, heisst es in der Meldung.

Die SBG erklärt weiter, dass sie nach dem Unfall die Beziehungen zum Bergbauunternehmen Yanaquihua S.A.C. (MYSAC) und zu den Behörden der Regionalregierung von Arequipa verstärkt habe, u.a. durch einen Besuch von Fachleuten im Oktober 2023, der sich auf Fragen der Arbeitssicherheit konzentriert habe. Sie erklärt außerdem, dass sie den Familien der 27 Opfer beistehen werde.

Die Erklärung folgt auf die heftige Kritik an der SBG, der unzureichende Sicherheitskontrollen in der Mine vorgeworfen werden, obwohl diese eine Zertifizierung erhalten hat. Mehrere wichtige Medien in der Schweiz haben erneut über den Fall berichtet, darunter die [Neue Zürcher Zeitung](#), der [TagesAnzeiger](#) und die [Tagesschau des Schweizer Fernsehens SRF](#).



Das Portal [CH Media / Watson](#) kontaktierte mehrere Luxusmarken, von denen angenommen wird, dass sie als „verantwortungsvoll“ zertifiziertes Gold aus der Yanaquihua-Mine gekauft haben. Es ist bekannt, dass die Mine 100 % ihrer Produktion an die Schweizer Goldraffinerie Metalor verkaufte, die das Gold hauptsächlich an die Uhren- und Schmuckbranche und an die größte Schweizer Bank UBS vermarktete, wie der [CEO der Metalor-Raffinerie erklärte](#).

Die einzige Uhrenmarke, die bestätigt, dass sie seit 2021 Gold von Yanaquihua erworben hatte, ist Breitling. Der Juwelier Chopard, dessen Führungskräfte auf einem Foto vom September 2021 mit Myriam Samaniego, Vorständin von Yanaquihua S.A.C., zu sehen waren, lehnte es ab, Fragen zu diesem Thema zu beantworten. Bucherer, Piguët und Richemont (Cartier) wollten ebenfalls nicht bestätigen, ob sie Gold von Yanaquihua gekauft hatten, obwohl sie mit SBG in Verbindung standen. Alle diese Unternehmen gehören zu den exklusivsten Schweizer Schmuck- und Uhrenmarken.

Die Schweizer Koalition für Konzernverantwortung (KKV) hat ebenfalls einen [Fallbericht über Yanaquihua veröffentlicht](#), mit Unterstützung der peruanischen NGO CooperAcción. Die KKV ist besorgt darüber, dass nur 0,1 % des in der Schweiz gehandelten Goldes von der SBG zertifiziert ist. „Wenn sogar bei der Förderung dieses Goldes nicht mal ansatzweise eingehalten wird, was versprochen wird und sich eine Raffinerie wie Metalor nicht um die Zustände vor Ort kümmert, muss man sich nicht lange fragen, wie es um die anderen 99.9% steht, die von den Schweizer Raffinerien verarbeitet werden.“

Die KKV kommt zum Schluss, dass die Schweiz dringend ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz brauche, damit die Raffinerien nicht weiterhin die Augen vor den Problemen in der Goldförderung verschließen und sich hinter PR-Aktionen verstecken können, „ohne je dafür geradestehen zu müssen, dass sie von schweren Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen profitieren.“

Unabhängig davon, was die peruanische Staatsanwaltschaft über die Ursache des Unfalls feststellen wird, zeigen die Todesfälle in Yanaquihua einmal mehr, dass der Goldabbau ein gewaltsamer Prozess ist, der seinen Tribut fordert. Initiativen wie die SBG und die Zertifizierung durch private Agenturen mögen punktuell zu Verbesserungen der sozialen und ökologischen Bedingungen im Bergbau beitragen können. Allerdings sind diese, im Verhältnis zu den gravierenden Problemen in diesem Sektor, sehr begrenzt und strengere Regulierung und Aufsicht bleiben dringend notwendig.

Thomas Niederberger (Cooperación/Comundo)

5. Wie mit informellen und illegalen Schürfern umgehen?

Bis zu 40% der peruanischen Goldproduktion stammt aus informeller (d.h. potentiell legaler) oder illegaler Produktion. Hunderttausende von Kleinschürfern leben von dieser Arbeit, die sich meist jeglicher Umwelt- oder Steuerkontrolle entzieht. Die informellen und illegalen Gold- (und zunehmend auch Kupfer-) Produzenten sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor Perus geworden, mit politischen Vertretern im Kongress. Höchste Zeit, dass sich auch Nichtregierungsorganisationen, die sich seit Jahren in der Regel dem industriellen und legalen Bergbau widmen, ihr Augenmerk auch auf die illegalen kleinen und mittleren Produzenten richten. Red Muqui versucht im Folgenden eine erste Positionierung zum Thema:

Was steckt hinter der Mobilisierung bei Kleinschürfer*innen?

Eine Mobilisierung der Nationalen Konföderation des Klein- und handwerklichen Bergbaus in Peru (Confemin) Anfang des Jahres in Lima, brachte die Themen Kleinbergbau, handwerklicher, informeller und illegaler Bergbau wieder in die Öffentlichkeit, auch bei den Medien. Gründliche Analysen waren aber Fehlanzeige. Red Muqui als alternative Informationsquelle trägt mit fundierten Informationen zum Thema bei.

Grundlegende Fakten

Die Ausweitung des informellen und illegalen Bergbaus in den Gebieten, in denen kriminelle Banden ungestraft agieren, verletzt die Rechte der Menschen und der Umwelt und gefährdet das Leben der Bevölkerung und der Gemeinden. Maßnahmen zur Raumplanung und umfassende

Strategien, die ökologische, wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Aspekte einbeziehen, sind dringend notwendig. Ein Beispiel für die Gewalt, der die Bevölkerung ausgesetzt ist, ist die Ermordung von neun Arbeitern der Poderosa-Mine in der Provinz Pataz, Region La Libertad, im Dezember 2023. Illegaler und informeller Bergbau betrifft nach Schätzungen von CooperAcción rund 25 Millionen Hektar in Peru und etwa 400.000 Beschäftigte.

Einige politische Parteien (Avanza País, Perú Bicentenario und Acción Popular) brachten im Kongress verschiedene Gesetzentwürfe ein, die der Formalisierung des Kleinbergbaus (z.B. Regulierung von Fristen über ein zentrales Register – Reinfo) eher entgegenstehen und den Vormarsch und die Konsolidierung des illegalen Bergbaus befördern.

Außerdem wurde unter der Regierung von Dina Boluarte ein Dekret zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verabschiedet, das folgendes vorsieht:

Diese Gesetzesänderungen waren die Ursache für einen massiven Protestmarsch im Mai letzten Jahres, zu dem Confemin aufgerufen hatte. Ihre Sprecher forderten unter anderem die Aufhebung des Dekrets und die Verlängerung des Reinfo bis Dezember diesen Jahres.

Red Muqui hat auf darauf hingewiesen, dass angesichts des hohen sozio-ökologischen Konfliktpotenzials im Zusammenhang mit Bergbauaktivitäten konkrete, nachhaltige, partizipative und normative Vorschläge vonnöten sind. Im folgenden ein Gespräch mit Jaime Borda, dem Geschäftsführer des Muqui-Netzwerks von Januar diesen Jahres:

Was denken Sie, wie der Prozess der Formalisierung für Kleinschürfer*innen verlaufen ist?

Für mich ist das Problem des informellen und illegalen Bergbaus in unserem Land unbestreitbar präsenter denn je. In dieser Woche haben wir eine massive Mobilisierung von Kleinbergleuten erlebt, die fordern, dass das Reinfo und der Formalisierungsprozess nicht geschlossen werden. Das Problem ist, dass das Reinfo immer wieder verlängert wurde und viele der Unternehmen nicht alle Anforderungen für die Formalisierung erfüllt haben, und in einigen Fällen sind diese Unternehmen nur Fassade. Einerseits geben sie an, dass sie im Reinfo sind, andererseits arbeiten sie illegal in Gebieten, in denen Bergbau verboten ist. Wenn wir also wirklich in einem umfassenden Formalisierungsprozess vorankommen wollen, brauchen wir ein aktuelles Register der formalen Bergbauunternehmen. Die Verwaltung und technische Betreuung derer, die alle ökologischen und sozialen Anforderungen für ihre Formalisierung erfüllen, durch die Regionalregierungen muss sichergestellt werden.

Was sind die Risiken, wenn das Reinfo (staatliches Register der informellen Kleinmineure) weiter verlängert wird und die Bergleute nicht formalisiert werden?

Solange das Reinfo nicht geschlossen ist, ist es unmöglich zu wissen, wie viele illegale Bergleute es gibt und wo sie sich aufhalten, um festzustellen, wer sich wirklich im Prozess der Formalisierung befindet und wer illegale Aktivitäten ausübt. Erst mit einer Übersicht darüber können weitere

Maßnahmen zur Lösung des Problems definiert werden. Darüber hinaus ermöglicht die Verlängerung des Reinfo den illegalen Bergleuten oft, den Anschein zu erwecken, sie befänden sich im Prozess der Formalisierung, um weiter tätig zu sein. Und den Umweltstaatsanwaltschaften sind so die Hände gebunden: Sie können mit laufendem Reinfo keine Strafverfahren wegen des Verbrechens des illegalen Bergbaus einleiten.

Welche Vorschläge oder Alternativen zum handwerklichen Bergbau könnten in den Gebieten vorgeschlagen werden?

Solange der Preis für Mineralien auf dem internationalen Markt hoch bleibt, wird diese Tätigkeit weiter zunehmen, insbesondere der illegale Goldabbau. Viele der Gebiete, in denen sich diese Unternehmen angesiedelt haben, verfügen zwar über eigene wirtschaftliche Aktivitäten und Alternativen, wie z.B. familiäre Landwirtschaft, Gemeinschaftstourismus und die Vermarktung lokaler Produkte, aber leider haben sie nicht die Unterstützung der lokalen und regionalen Behörden. Wenn der illegale Bergbau weiter zunimmt, werden die Anden- und Amazonasgebiete weiterhin geplündert und verschmutzt, und die Gewalt und die damit verbundenen Verbrechen werden noch weiter zunehmen. Hier ist der Staat gefordert, dieses Problem umfassend anzugehen.

Was würde es für den peruanischen Staat bedeuten, das Problem umfassend anzugehen?

Wie wir bereits erwähnt haben, ist das Problem sehr komplex und ein umfassender Ansatz erfordert die sektorübergreifende Betrachtung auf allen Ebenen des Staates, sowohl mittel- als auch langfristig, was von den nationalen und regionalen Regierungen leider nicht getan wird. Unsere Forderung ist, dass sich die Sektoren für Energie und Bergbau der Regionalregierungen abstimmen. Ziel muss es sein, eine Strategie zu erarbeiten, die kulturell angepasst ist und auf der freien und informierten Zustimmung der Gemeinden beruht, in denen der Bergbau betrieben wird.

ARPYNET/Red Muqu

Übersetzung: Silvia Bodemer

Quelle: <https://muqui.org/noticias/muqui-informa/que-hay-detras-de-la-movilizacion-realizada-por-pequenos-mineros-y-mineras-artesanales/>

6. Vorsicht! Radwege in Peru (Fotogalerie)

Selten war Peru so lange und so prominent in deutschen Medien wie in den letzten Monaten. Leider auch selten mit so viel falschen Zahlen und Fakten. Wenn es um die Fahrradwege ging, die mit deutschen Steuergeldern in Peru gebaut werden, wollte jeder mitreden: von 300 Millionen war die Rede, von Verschwendung und dass das Geld in Deutschland besser angelegt sei. Dabei wurden die Fahrradwege in Peru zur Metapher für alles, was angeblich schief läuft bei der Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren und entfernten Ländern. Und da keiner der Diskutanten je in Peru war, mussten die Fahrradwege für jegliche Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit herhalten.

Als jemand, der seit 24 Jahren in Lima mit dem Fahrrad unterwegs bin, kann ich nur sagen: jeder gut gebaute Fahrradweg in Lima ist sinnvoll, denn er verspricht mehr Schutz vor dem Autoverkehr, bringt mehr Menschen dazu, aufs Rad zu steigen und damit weniger Auto zu fahren.

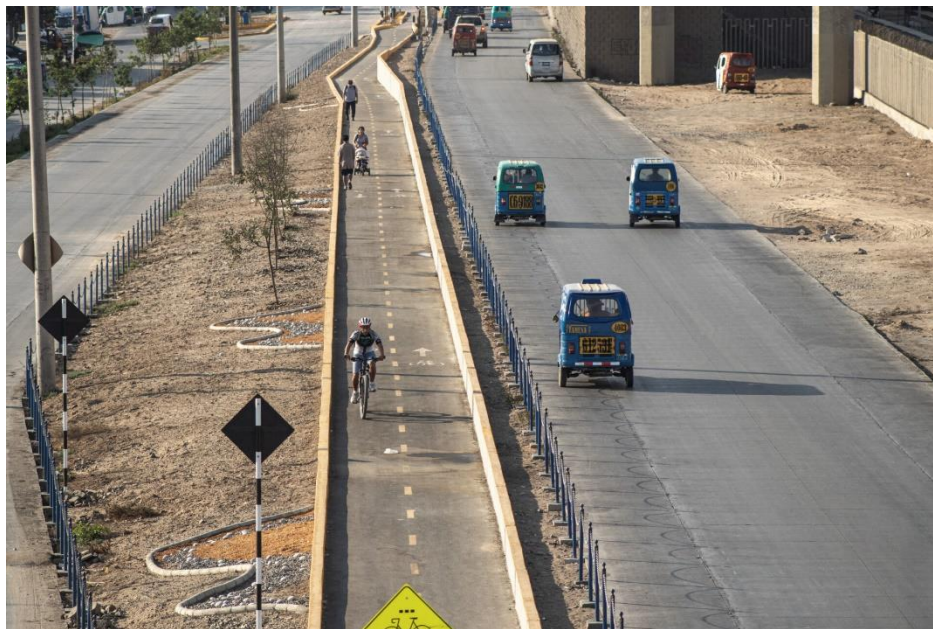
Doch in welchen Radwegen Limas steckt deutsches Steuergeld? Die Fotografin Jimena Rodriguez und ich sind auf der Suche im Stadtteil Villa El Salvador fündig geworden. Wenn Sie wissen wollen, wie es um die mit deutschen Geldern finanzierten Radwege aussieht, dann klicken Sie sich durch die Fotos von Jimena Rodriguez und lesen die Bildunterschriften.

Das ausführliche Portrait der Fahrrad-Aktivistin Silvia Laiz Fernandez können Sie [hier](#) nachlesen.

Hildegard Willer



An der Endstation des Tren Electrico in Villa El Salvador beginnt ein Fahrradweg, der mit deutschen Steuergeldern in Peru gebaut wurde. Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Stadt Lima haben hier einen 1,38 Kilometer langen Radweg gebaut, der bereits bestehende Radwege miteinander verbindet. Umgerechnet 379 000 Euro hat der knapp 1,40 Kilometer lange Radweg gekostet. (Foto: Jimena Rodriguez)



Villa El Salvador entstand 1971 durch eine illegale Landbesetzung auf den Sandhügeln im Süden Lima. Später erreichten die Bewohner die offizielle Anerkennung. Villa El Salvador ist bekannt für seine Stadtplanung und seine Selbstverwaltung. Heute ist Villa El Salvador einer der 43 Distrikte der Hauptstadt Lima und hat rund 450 000 Einwohner. Dass der Stadtteil geplant wurde, merkt man heute an den rechtwinklig angelegten und großzügigen Straßen und Häuservierveln. Auf dem Foto der mit deutschen Geldern erbaute Anschluss-Radweg. (Foto: Jimena Rodriguez)



Der heute 52-jährige Pepe Quispe ist ein waschechter „villasalvadorenño“. Er wurde bereits in Villa El Salvador geboren und hat sich sein Leben lang in selbstorganisierten Gruppen vor allem in der Jugendarbeit des Stadtteils betätigt. Seine Leidenschaft ist das Fahrradfahren. Er hat die Radlergruppe „Pedaleando Villa El Salvador“ mit heute 180 Mitgliedern ins Leben gerufen, die vor allem am Wochenende gemeinsame Ausflüge oder Aktionen veranstalten. Fahrradfahren ist für ihn auch ein politisches Statement, dass die Straße allen, und nicht nur den Autofahrern gehört. (Foto: Jimena Rodriguez)



Im Jahr 2021 hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau, als Ausführungsorganisation des BMZ, einen Vertrag mit der Stadt Lima unterzeichnet: mit 20 Millionen Euro sollten bis zu 114 Kilometer Radwege in Lima gebaut werden. Zwei Jahre später wurde ein weiterer Vertrag über 23 Millionen Euro unterzeichnet, um Radwege in Provinzstädten zu bauen. Das löbliche Vorhaben scheint schwieriger umzusetzen als angenommen: bisher sind erst 5,5 Kilometer Radwege mit deutschen Geldern in Lima in Betrieb, zwei davon in Villa El Salvador. Der Rest ist in Planung oder im Bau. Der Bürgermeisterwechsel im Jahr 2023 könnte damit zu tun haben, dass der Bau der Fahrradwege nur schleppend vorankommt. (Foto: Jimena Rodriguez)



In Villa El Salvador endet die bisher einzige S-Bahnlinie Limas, die von San Juan de Lurigancho im Nordosten bis nach Villa El Salvador im Süden führt. Eine weitere S-Bahnlinie ist im Bau, wann sie eingeweiht wird, noch ungewiss. Dafür, dass Lima 10 Millionen Einwohner hat, ist sein öffentliches Verkehrssystem äußerst prekär. Fahrradfahren wäre eine gute Alternative, sofern Fahrradwege vorhanden sind, die die Radler vor dem chaotischen Autoverkehr schützen. (Foto: Jimena Rodriguez)



Silvia Laiz Fernandez aus Villa El Salvador ist ebenfalls während der Corona-Pandemie zum Fahrradfahren gekommen. Es sind immer noch weniger Frauen als Männer, die sich aufs Rad schwingen: aus Angst vor sexistischer Anmache und weiteren Übergriffen. (Foto: Hildegard Willer)



Auch Ivan Lozano ist begeisterter Fahrradfahrer und hat sein Hobby zum Beruf gemacht. In Villa El Salvador führt er eine kleine Fahrradwerkstatt. Seit Corona kann er davon hauptberuflich leben, sagt er. Während der Coronapandemie ist die Zahl der Radfahrer in ganz Lima auf 6% der Bewohner angestiegen. Heute sind es laut Umfragen noch 4%, die angeben, das Fahrrad regelmäßig zu benutzen. Doch auch in Villa El Salvador sind seit Corona einige beim Fahrrad geblieben – auch wenn sie damit vor allem am Wochenende in den Sandhügeln hinter Villa El Salvador mit dem Mountainbike unterwegs sind. (Foto: Jimena Rodriguez)



Obwohl die Straßen in Villa El Salvador breit sind, werden die Fahrradwege von Autofahrern oft nicht respektiert. Oder sie werden als Müllhalde benutzt. Hier sieht man ein städtisches Müllauto, das den Müll auf einem Fahrradweg einsammelt. (Foto: Jimena Rodriguez)



Der Vorstand der Kukama-Frauen. In der Mitte die Vorsitzende Mariluz Canaquiry ©Gabriel Salazar

7. Freude am Marañón und am Titicaca-See

Zwei richterliche Entscheidungen am Amazonas und in den Hochanden bringen den Schutz der Gewässer ein gutes Stück voran.

Am 15. März gab das Provinzgericht von Nauta (Loreto) der Klage der Kukama-Frauen "Huaynakana" statt und erklärte den Fluss Marañón zum Rechtssubjekt. Damit ist der Marañón der erste Fluss Perus, der nun vor Gericht ziehen und auf seine Unversehrtheit klagen. Das Urteil legt auch fest, dass die Indigenenorganisationen als Hüter dieses Rechts walten sollen.

Es ist bereits ein historisches Urteil, das nach jahrelangem juristischen Tauziehen und Kämpfen den indigenen Frauen in Peru recht gab, die für den majestätischen Marañón und seine Zuflüsse Rechte und deren Respektierung einforderten.

Obwohl der Urteilsspruch in erster Instanz in Nauta (Loreto, Peru) erging und nach Anfechtung vor der Zivilkammer in Loreto in zweiter Instanz entschieden und dann ggfs. an das Verfassungsgericht verwiesen werden wird, ist die Entscheidung der ersten Instanz eine Sensation. Und das aus mehreren Gründen.

Der Mara  n ist nicht irgendein kleines Fließgewässer in einem idyllischen Fleckchen Erde. Der Mara  n ist fast 2.000 Kilometer lang und hydrologisch der Hauptquellfluss des Amazonas.

Das Urteil wurde erstritten von Verband der Kukama-Frauen. Die Anerkennung von Flüssen als lebende Einheiten bedeutet, dass gefährdende Handlungen verhindert oder geahndet werden müssen.

Sie bedeutet einen gewissen Paradigmenwechsel in der Interpretation von „N  tzlichem“ und „Wichtigen“. Und, das Urteil bestätigt das elementare Recht der indigenen Völker und allgemein der Zivilgesellschaft auf gesunde Ökosysteme und das Recht auf Schutz von Leib und Leben.

Der Verband Huaynakana Kamatahuara Kana hatte sich trotz aller Widrigkeiten nicht gescheut, 2021 Klage gegen das staatliche Erdölunternehmen Petroper  , das Umweltministerium, die nationale Wasserbehörde (ANA), das Ministerium für Energie und Bergbau, das Ministerium für Agrarentwicklung sowie die Regierung der Region Loreto (GOREL) zu erheben. Der Mara  n ist nicht nur für das gesamte Amazonasgebiet, sondern auch für Peru einer der wichtigsten Flüsse und für die Kukama heilig. Er wurde – mit Auswirkungen auf alle Lebewesen – beständig durch Erd  laustritte, Infrastrukturprojekte, illegalen Bergbau und Goldabbau massiv beeinträchtigt.

Damit der Mara  n nun wirklich gesch  tzt wird, z.Bsp. vor Erd  laustritten und weiteren Eingriffen, braucht es weitere gesetzliche Vorschriften, deren Umsetzung auch überwacht wird. Die Widerstände sind groß: Es wurde bereits Widerspruch gegen das Gerichtsurteil eingelegt, das nun an die nächsthöhere Instanz verwiesen wird.

Und dennoch ist da Urteil erst mal ein Grund zur Freude. Damit reiht sich auch Peru in die weltweite Bewegung ein, die Ökosysteme, Berge und Flüsse ein eigenes Recht verleiht.

Die Geschichte der Kukama-Frauen, die mit ihrer Initiative, nun Rechtsgeschichte geschrieben haben, können Sie [hier](#) nachlesen.

Wer sich über die weltweite Bewegung für die Rechte der Natur in Lateinamerika und Deutschland interessiert, dem sei [dieser Artikel](#) aus der Zeitschrift Spektrum empfohlen.

Nur wenige Tage nach dem bahnbrechenden Urteil von Nauta, hat ein Gericht am anderen Ende Perus auf 3800 Meter Höhe, ebenfalls den Schutz der Umweltverst  rkt. Das Provinzgericht von Juliaca (Puno) hat der Regionalregierung von Puno sowie mehreren Ministerien angeordnet, das Ökosystem des Titicaca-Zuflusses Coata zu sch  tzen und zu entkontaminieren. Der Titicaca-See wird vor allem von ungefilterten Abwässern vergiftet.

Seit 2017 kämpfen Bewohnerinnen und Bewohner am Titicacasee (Coata, Huata, Capachica und Caracota) gegen die Verschmutzung des gröſsten Sees Lateinamerikas. Sie werden dabei von Nichtregierungsorganisationen wie dem IDL (Instituto de Defensa Legal) und aktuell auch vom Centro Bartolomé de las Cascas (Cusco) oder, zur Verbesserung und Partizipation der Frauen

durch die Aktion Entwicklung und Selbstbesteuerung, unterstützt. Jetzt zeigen diese Anstrengungen einen ersten Erfolg. Das zuständige Gericht in der südandinen Stadt Juliaca sprach ein wegweisendes Urteil:

- Das Wohnungsministerium muss, zusammen mit der Provinzverwaltung, innerhalb von 30 Tagen die Zulauf Flüsse von festen Abfällen reinigen und dafür eine erste Deponie einrichten. Die Krankenhäuser am See dürfen nicht mehr ihren gefährlichen biologischen Feststoffabfall in die Flüsse und im See entsorgen. Die Regierung der Region von Puno muss endlich in den Landkreisen Juliaca, Coata, Huata, Capachica und Caaracota) eine funktionierende Trinkwasserversorgung einrichten und sie muss die gesundheitliche Betreuung der Menschen sicherstellen die den diversen Umweltverschmutzungen ausgesetzt sind.



Szene am Titicaca-See ©Yda Ponce

All das heißt jetzt nicht, dass alles auch von den zuständigen Stellen umgesetzt wird. Aber die Menschen haben jetzt größere Chancen, mit diesem Urteil im Rücken, noch stärker ihre Rechte einzufordern. Es bleibt auch weiterhin das große Problem, dass die Abwässer der umliegenden Goldminen über die Zuflüsse auch in den Titicacasee kommen und diesen vergiften.

Eine Protagonistin aus dieser Gruppe von Umweltschützerinnen ist [Juana Mamani](#), die wir ebenfalls in der Infostelle portraitiert haben.

Auch in Puno, ebenso wie im fernen Loreto, werden die Menschen wachsam sein müssen und sich dafür einsetzen, dass das Recht nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch umgesetzt wird.

Jetzt aber ist erst mal Zeit zu feiern: Herzlichen Glückwunsch den couragierten Frauen und Männern von Nauta und Coata.

Hildegard Willer & Trudi Schulze



Elsa, eine Coca-Produzentin, bringt ihre Coca Ernte für den Trocknungsprozess auf dem Hof ihrer Hauses unter. Das warme Klima der Stadt Quillabamba ist bestens geeignet für den Anbau und die richtige Trocknung der medizinischen Heilpflanze, bevor sie für den Weiterverkauf an Enaco in Säcke abgepackt wird. ©Jimena Rodriguez

8. Innenministerin Nancy Faeser auf Anti-Kokain-Tour in Peru

Viele gute Absichten und keine neuen Ansätze in der Drogenbekämpfung - so lässt sich das Fazit der Reise der deutschen Innenministerin umschreiben.

Die zunehmende Menge von Kokain in deutschen Häfen, besonders in Hamburg, war Anlass für die kurzfristig angesetzte Dienstreise von Innenministerin Faeser nach Brasilien, Kolumbien, Ecuador und auch nach Peru. In den Vorankündigungen des deutschen Innenministeriums wurde der Reisezweck klar benannt: Verringerung der eingeführten Menge an Kokain nach Europa und besonders Deutschland. Genannt werden immer die Zahlen über zunehmende Beschlagnahmen von Kokain: in Antwerpen im Jahr 2023 ca. 116 Tonnen, in Hamburg 35 Tonnen.

Was hat Ministerin Faeser angeboten?

Es waren die bisherigen Maßnahmen:

- Betonung des Konzepts der „gegenseitigen Verantwortung“. Das wird in Peru besonders von dem zuständigen „Anti-Drogen-Büro“ (Devida) immer betont und das mit der Forderung nach großer finanzieller Beteiligung Europas und Deutschlands bei der „Drogenbekämpfung“.

- Weiterführung von Einzelmaßnahmen wie Unterstützung zur Produktion von sogenannten Alternativprodukten anstatt Coca, wie Kaffee und Kakao etc.
- Die von den USA bevorzugte Linie des militärischen Kampfes gegen die Drogen.

In Peru traf sich Ministerin Faeser mit der peruanischen Präsidentin Boluarte. Es wird nichts darüber berichtet, ob dabei die Menschenrechtsverletzungen ihrer Regierung angesprochen wurden. Präsidentin Boluarte betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit Deutschland, insbesondere beim Kampf gegen illegale Drogenbanden. Dabei ist die Frage erlaubt, ob es „legale“ Drogenbanden gibt, wenn man von der Beteiligung von Politik, Polizei und Militär in diesem kriminellen Geschäft weiß. Präsidentin Boluarte nutzte die Gelegenheit, auf ihren Besuch im Oktober 2023 in Deutschland zu verweisen. Dabei ging sie nicht auf die heftigen Proteste gegen sie ein, sondern bezog sich auf den Fototermin mit Bundespräsident Steinmeier, der ihr, so Boluarte, Möglichkeiten im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eröffnet habe. Sie zeigt auch damit, dass sie wenig Ahnung von internationaler Politik hat. Ein deutscher Präsident kann natürlich keine Unterstützungszusagen machen.

Unterzeichnung einer Absichtserklärung...

Ministerin Faeser unterzeichnete mit dem peruanischen Innenminister Victor Torres Falcón eine „Absichtserklärung über die Aufnahme von Verhandlungen für ein Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und Peru“. Torres Falcón ist ein ehemaliger General der Nationalpolizei und war viele Jahre Polizeichef im größten Cocaaanbaugebiet Perus, VRAEM (Apurimac, Ene und Mantaro), wo trotz aller oben genannter Maßnahmen die Produktion von Kokain zugenommen hat. Übrigens: Er war bereits der vierte Innenminister im Kabinett von Präsidentin Boluarte innerhalb von 11 Monaten. War, weil am 7. März 2024 der Premierminister zurücktrat und damit sein Kabinett, also auch Minister Torres.

Die Resonanz über den Besuch der deutschen Delegation war in Peru nicht groß. In der offiziellen peruanischen Zeitschrift El Peruano vom 28.2.2024 werden dem Besuch gerade mal zehn Zeilen gewidmet. In der gleichen Ausgabe berichtet das Präsidialamt über den Besuch von neun US-Kongressabgeordneten, denen für die Unterstützung durch die USA gedankt wurde.

Fazit: Keine neuen Ideen

Die Drogenpolitik Deutschlands hat keine neuen Ideen und setzt weiter auf den „Kampf gegen die Drogen“, der so von den USA angeführt wird. Diese Politik verhindert ein Nachdenken über sinnvolle Möglichkeiten für Mensch und Natur darüber, wie die Entkriminalisierung der Cocablätter und die Ermöglichung eines wirklich sozialen und umweltfreundlichen Lebens der Menschen in

den Regionen des illegalen Cocaanbaus, in den Regenwäldern Kolumbiens, Perus, Boliviens oder Ecuadors aussehen kann.

Zur Reise von Innenministerin Faeser meint Max Lucks (MdB und außenpolitischer Berichterstatter Bündnis 90/Die Grünen), dass es dringend notwendig sei, die Finanzströme der kriminellen Gruppen auszutrocknen, und die Entkriminalisierung der Kleinbauern sowie eine demokratische Regierungspolitik voranzubringen. Die Informationsstelle Peru e.V. hatte vor Beginn der Reise Frau Faeser ihr Dossier „Das Blatt wenden – Für eine Entkriminalisierung der Cocablätter zugeschickt.

Mehr Informationen dazu: [Das Blatt wenden – Die Coca entkriminalisieren und vielfältiger nutzen.](#)

Eine Fotoreportage über den Kokaanbau in Quillabamba von der peruanischen Fotografin Jimena Rodriguez finden Sie [hier](#)

Heinz Schulze

Quellen:

Bundesministerium des Innern und für Heimat, [Pressemitteilungen](#) vom 28.02.2024; *El Peruano*, Lima, 28.2.2024; *Im Kampf mit Wölfen und Tigern*, *Süddeutsche Zeitung*, 29.2.2024; *Alle Macht den Drogenfahndern*, *taz* 5.3.2024

9. Frauenkämpfe gegen Gewalt in Peru und Deutschland: viel Gemeinsames, viele Unterschiede

Gewalt gegen Frauen ist leider ein weltweites Thema – also auch eines für Peru und Deutschland. Welche Erfolge und Rückschläge gibt es im Kampf gegen die Gewalt? Wo gibt es Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede zwischen Deutschland und Peru? Darüber tauschten sich bei einer Online-Veranstaltung der Infostelle Peru die peruanische Anthropologin und Feministin Dr. Angélica Motta, Dozentin an der National Universität San Marcos in Lima, und Johanna Wiest, Referentin für Häusliche und Sexualisierte Gewalt bei der deutschen Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES e.V., aus.

In Lateinamerika war die Bewegung „Ni una menos“ („Nicht eine weniger“) 2016 ein wichtiger Meilenstein für die feministische Bewegung. In Peru organisierten sich für die Demonstration so viele Frauen wie noch nie. Neu war vor allem, dass die Frauen nicht nur aus den gutbürgerlichen, sondern aus verschiedenen sozialen Schichten und aus allen Distrikten der Stadt Lima kamen, und dass sich zum ersten Mal auch viele junge Frauen organisierten. Die Demonstration war wie „ein kleines Erdbeben für Peru“, berichtet Dr. Angélica Motta. Der hohe Mobilisierungsgrad hat das Thema der Gewalt gegen Frauen sehr viel sichtbarer gemacht. Ab jetzt wurden in den Medien Femizide auch als solche benannt. Den Straftatbestand gab es zwar schon seit 2011, vor 2016

wurde aber nie darüber gesprochen. Die Bewegung *Ni una menos* hatte vor allem große Wirkung bei jungen Frauen und Studentinnen, die sich gegen Gewalt und Diskriminierung wehrten.

Die Pandemie hat die stark gewachsene Bewegung dann sehr gelähmt. Und gleichzeitig wuchs eine starke Gegenbewegung ultrakonservativer Kräfte. Unter dem Motto „*Con mis hijos no te metas*“ („Finger weg von meinen Kindern“) kämpften sie gegen die Aufnahme von Gender und Geschlechtergleichheit in den Lehrplan peruanischer Schulen. Diese Kräfte haben unter dem autoritären Regime von Dina Boluarte noch mehr Gewicht bekommen, so Dr. Angélica Motta. Bei den Themen Frauenrechte und sexuelle Selbstbestimmung gab es Rückschritte, und es wird befürchtet, dass die „therapeutische Abtreibung“ (Abtreibung aus medizinischen Gründen) – in Peru die einzig gesetzlich zugelassene Indikation für eine Abtreibung – in Frage gestellt wird.

Nicht nur physische und psychische, auch strukturelle Gewalt gegen Frauen hat sich durch die Pandemie verschlimmert: die starke Belastung von Frauen durch unbezahlte Care-Arbeit hat noch zugenommen. Die Organisation der vielen Gemeinschaftsküchen (*Ollas comunes*) geschah ausschließlich durch Frauen, um nur ein Beispiel zu nennen. Eine Gesetzesinitiative zur Entlastung der Frauen und für mehr staatliche Verantwortungsübernahme im Betreuungssystem wurde auf Eis gelegt.



© change.org, Manuela Ramos

Johanna Wiest sieht einige Parallelen zwischen Peru und Deutschland: In Deutschland hat es viele Fortschritte gegeben, aber auch hier gibt es eine starke konservative Gegenbewegung, die den Feminismus als Bedrohung wahrnimmt. Und viele Erfolge auf politischer Ebene zeigen in der Umsetzung noch zu wenig Wirkung. So hat das Gewaltschutzgesetz die Partnerschaftsgewalt als gesamtgesellschaftliche Thematik zwar anerkannt. Doch das darin festgelegte Kontakt- und Nährungsverbot wird in der Praxis sehr oft nicht eingehalten. Trotz eines ausgesprochenen

Verbots kommt es häufig zu Femiziden. Deshalb fordert TERRE DES FEMMES die Einführung einer elektronischen Fußfessel, was in Spanien zu sichtbaren Erfolgen geführt hat. 2018 hat Deutschland die Istanbul-Konvention ratifiziert (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt). Die Umsetzung sei jedoch mangelhaft, kritisiert Johanna Wiest. So fehlten in Deutschland 14.000 Frauenhausplätze. Ein großer Erfolg war die Einführung der „Nein heißt Nein“-Regelung 2016. Mit ihr hat sich auch die gesellschaftliche Wahrnehmung des Straftatbestands geändert: Auch wenn eine Frau „nur“ mündlich abgewehrt hat, ist ein sexueller Übergriff als solcher zu verfolgen.

Unbezahlte Care-Arbeit ist auch in Deutschland ein wichtiges Thema. Frauen haben durchschnittlich eine um 60% geringere Rente als Männer, nicht nur weil sie weniger verdienen, sondern auch weil sie deutlich mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten.

Wie gravierend die Gewalt gegen Frauen auch in Deutschland ist, zeigen die Statistiken: Zwischen 2018 und 2022 nahmen die Vergewaltigungen von 9.234 auf 11.896 zu. Die Aufklärungsquote scheint mit 85 % hoch, enthält allerdings auch alle eingestellten Verfahren, bei denen es nie zu einem Urteil kam. Tatsächlich kommt es nur bei einer von 100 Vergewaltigungen zu einer Verurteilung des Täters. Auch die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt hat zugenommen und lag 2022 bei deutlich über 120.000. Jede vierte Frau erlebt in ihrem Leben häusliche Gewalt. Ein wichtiges Thema ist auch die Nachtrennungsgewalt. In 90% der Trennungen aufgrund von Gewalt geht die Gewalt nach der Trennung weiter. Die Zahl der Femizide war 2022 in Peru (132) und Deutschland (133) nahezu gleich – bei einer deutlich höheren Bevölkerungszahl in Deutschland. In Peru kam es nur in 23 Prozent der registrierten Femizide zu einer Verurteilung des Täters. Der Staat wird so zum Komplizen der Gewalttäter, indem er weitgehend Straffreiheit gewährt, kritisiert Dr. Angélica Motta. Daran hat die starke patriarchale Struktur in Peru einen wesentlichen Anteil, ist sie überzeugt. Seit der Kolonisierung wirkt diese als historische Macht. Auch wenn in den prähispanischen Gesellschaften Männer in der Regel mehr Macht hatten, war die Rolle der Frauen deutlich weniger marginal. Der ausgeprägte Sexismus und Rassismus sind ein Produkt der Kolonisierung. Gegenüber diesen historisch seit Jahrhunderten wirksamen Strukturen entfaltet die Gesetzgebung nur eine schwache Wirkung. Darum spielt Bildung eine so fundamentale Rolle für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Und deshalb wehren sich die ultrakonservativen Kräfte so vehement gegen eine geschlechtersensible Erziehung.

Auch das Internet und soziale Medien wie Tiktok spielen in der Festschreibung von Geschlechterstereotypen eine große Rolle, ergänzt Johanna Wiest. Dagegen würde in deutschen Schulen viel zu wenig sexuelle Aufklärung und Medienkompetenz vermittelt.

Besonders sind in Peru indigene Frauen von Benachteiligungen betroffen – in der Bildung, beim Einkommen, bei den Arbeitsbedingungen. Zuletzt gab es leichte Verbesserungen, was die Bildungschancen indigener Frauen angeht. Dies hat auch zu tun mit der starken politischen Beteiligung indigener Frauen, meint Dr. Angélica Motta. Der starke Protagonismus bei den

politischen Protesten Anfang 2023 hat indigene Frauen viel sichtbarer gemacht und zu einer starken Solidarisierung und gegenseitigen Unterstützung geführt.

Und was hat die feministische Bewegung aus ihren Erfahrungen gelernt, wovon andere soziale Bewegungen profitieren könnten?

In Peru hat die Bewegung *Ni una menos* den Feminismus für viele Frauen geöffnet, die sich vorher nicht angesprochen fühlten – junge Frauen, Frauen aus allen Stadtbezirken und sozialen Milieus. Diese Bereicherung hat auch zu erheblichen Konflikten geführt, die Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich in der feministischen Bewegung wieder. So warfen die neu hinzugekommenen den Feministinnen der Mittelschicht vor, die Bewegung zu „kapern“. Die historisch gewachsene gesellschaftliche Fragmentierung setzt sich in der feministischen Bewegung fort, wie in anderen sozialen Bewegungen auch.

Dies kann Johanna Wiest auch für die feministische Bewegung in Deutschland bestätigen. Gesellschaftliche Strukturen und Diskriminierung sind auch hier präsent. So wird über feministischen Kolonialismus debattiert, die Stimmen nichtweißer Frauen werden zu wenig gehört, unterschiedlichen Vorstellungen und Lebensentwürfen wird zu oft mit Arroganz begegnet.

Deshalb sind Austausch und gegenseitige Unterstützung so wichtig, war die Schlussfolgerung des intensiven zweistündigen Gesprächs. Auch die Teilnehmer*innen hatten hier einige Anregungen: Mut machen, hinsehen, Netzwerken, Feminismus dekolonisieren, Erfahrungen teilen, aus dem akademischen Zirkel ausbrechen – waren einige Schlagworte beim abschließenden Brainstorming.

Annette Brox

10. Neues Waldgesetz: wer profitiert – wer verliert

Am 14. Dezember 2023 verabschiedete der peruanische Kongress umstrittene Änderungen im aktuellen Waldgesetz. Wir fragen, wem dies nützt und wem dies schadet.

Gegen einige große Unternehmen und religiöse Gruppen laufen derzeit Verfahren wegen massiver illegaler Abholzungen im Amazonasgebiet. Diese könnten jetzt aufgrund der Änderung des Forstgesetzes (siehe [Artikel](#) im letzten InfoPeru) eingestellt werden. Neben den bekannten Unternehmen Ocho Sur und Tamshi, die als Teil der Melka-Gruppe gegründet wurden, geht es auch um Palmas de Shanusi, ein Unternehmen der mächtigen Grupo Romero, um die Firma Reforestadora Inca des Geschäftsmannes Samuel Dyer sowie um die Mennoniten und die [„Israeliten des Neuen Universellen Paktes“](#).

Laut der Nachrichtenplattform [Convoca.pe](https://convoca.pe), die sieben Fälle näher untersucht hat, haben die genannten Gruppen mehr als 53.000 Hektar Regenwald in Plantagen für Ölpalmen, Kakao, Mais u.a. umgewandelt, hauptsächlich in den Amazonasregionen Loreto, Ucayali und Madre de Dios.

Zu den wichtigsten Fällen gehören die Anklagen gegen Ocho Sur (früher Plantaciones Ucayali) mit 12.000 Hektar abgeholzter Fläche, die israelitischen Siedlungen von Arca Pacahuara in Madre de Dios, Bajo Amazonas in Loreto und El Sira in Ucayali mit jeweils durchschnittlich 10.000 Hektar, insgesamt also mehr als 30.000 Hektar. Mennonitische Siedlungen sind für mehr als 7.000 Hektar Abholzung verantwortlich.

Mit dem neuen Forstgesetz, nach dem die Abholzungen nicht mehr strafbar sind, werden nun die angeklagten Unternehmen und Gruppen begünstigt. "Damit sind sie von allen Anklagen befreit", sagt [Julio Guzmán](#), Staatsanwalt im Umweltministerium.



Protest gegen das neue Forstgesetz © Arlen Ribeira

In allen untersuchten Fällen der genannten Unternehmen und Gruppen waren die Flächen, auf denen diese heute Landwirtschaft betreiben, früher bewaldet. Das belegen historische Satellitenkarten und Dokumente in den Akten. Beispiel Ocho Sur: Das Unternehmen hatte keine Umweltzertifizierung für die landwirtschaftliche Nutzung bewaldeter Flächen erhalten. Das Landwirtschaftsministerium erlaubte ihm dennoch, einen neuen Antrag auf einen Umweltanpassungs- und Bewirtschaftungsplan zu stellen. So konnte Ocho Sur seine landwirtschaftlichen Aktivitäten ohne Umweltzertifizierung fortsetzen, was einen Verstoß gegen die geltenden Umweltbestimmungen darstellte. Das Unternehmen arbeitete also illegal. Das neue Forstgesetz ermöglicht es jetzt, dieses Vorgehen im Nachhinein zu legalisieren.

Im Parlament gibt es unterdessen weitere Initiativen, Sanktionen gegen Abholzung für landwirtschaftliche Nutzung abzuschaffen. So hat Arturo Alegría, Abgeordneter der Fujimori-Partei Fuerza Popular, einen Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Generalamnestie für alle Fälle von Abholzung vorsieht, in denen die erforderlichen Genehmigungen nicht eingeholt wurden.

Anhaltende Kritik

Umwelt- und indigene Organisationen kritisieren, dass nun das Landwirtschaftsministerium und nicht mehr das Umweltministerium darüber entscheiden, welche Wälder dauerhaft vor Abholzung geschützt werden sollen. Das Landwirtschaftsministerium sei bekannt dafür, die wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen im Amazonasgebiet zu fördern, wie im Fall von Ocho Sur.

Diesen Wechsel der Zuständigkeit hält der Jurist Juan Carlos Ruiz Molleda von der Menschenrechtsorganisation IDL (Instituto de Defensa Legal) für verfassungswidrig. In einem [ausführlichen Artikel](#) erläutert er nicht nur, warum das neue Forstgesetz schlecht und schädlich ist, die Entwaldung vorantreibt und Straffreiheit fördert, sondern auch, dass es verfassungswidrig ist: Das Gesetz ignoriere die Tatsache, dass der Wald in die Zuständigkeit des Naturschutzes falle und nicht in die des Agrarsystems. Und es berücksichtigt nicht, dass das Naturerbe unter das Enteignungsrecht fällt, das in der Verfassung verankert ist und nicht durch ein Gesetz geändert werden kann.

Auch innerhalb der staatlichen Institutionen gibt es Fachleute, die die Gesetzesänderung kritisieren. Und selbst [Vertreter*innen der Regionalregierungen](#) von Amazonas und Huánuco bemängeln, dass das neue Gesetz die Abholzung begünstige, die Rechte der indigenen Völker und der Kleinbauern verletze und mit unbegründeter Eile ohne Rücksprache mit den Regionalregierungen Amazoniens verabschiedet wurde. Die Gesetzesänderung könne außerdem den Kaffee- und Kakao-Produzent*innen schaden, die hauptsächlich nach Europa liefern, wo seit kurzem die Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten gelte.

Yvette Peña, Vorstandsmitglied der indigenen Organisation ORAU in Ucayali kritisierte die Abgeordneten mit deutlichen Worten: „Unsere größte Sorge ist, dass ihr Kongressabgeordneten von Lima aus Gesetze verabschiedet, ohne die Realität zu kennen, ohne die wirklichen Konsequenzen dessen zu kennen, was ihr genehmigt.“ „Und unsere Verteidiger, unsere 30 Ermordeten, die ihr Leben für die Verteidigung der Territorien und der Wälder gegeben haben, wo bleiben sie? Ihr müsst an die Menschen denken, nicht nur an die Unternehmen und die Bequemlichkeit derer, die unser Amazonasgebiet zerstören“, forderte Peña bei einem [Treffen](#) des Regionalen Runden Tisches der Umweltschützer in Pucallpa.

Reparationszahlungen in Frage gestellt

Die Änderung des Forstgesetzes stellt auch die Reparationszahlungen infrage, zu denen die angeklagten Unternehmen und religiösen Gruppen verpflichtet sind. Im Fall von Plantaciones Ucayali (jetzt Ocho Sur) beliefen sich die Schäden durch die Abholzung auf mehr als 220 Mio. Soles (etwa 66,8 Mio. Dollar zum Wechselkurs von 2015) und im Fall von Tamshi SAC auf mehr als 156 Mio. Soles (etwa 55,9 Millionen Dollar im Jahr 2014). Die mennonitischen Gruppen wurden zu einer Geldstrafe von 11 Millionen Soles (etwa 2,9 Millionen Dollar) verurteilt.

Die durch landwirtschaftliche Aktivitäten verursachte Entwaldung im Amazonasgebiet zwischen 2001 und 2021 betrug laut Geobosques 2.774.562 Hektar.

Druck vom Unternehmerverband, Unterstützung von den Bauernverbänden

Sowohl der mächtige Unternehmerverband CONFIEP als auch Vertreter der mennonitischen Gemeinde hatten im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes massiv bei Kongressabgeordneten interveniert und für die Gesetzesänderung geworben.

Bei einer [Informationsveranstaltung](#) im März in Mazamari (Junín) gab es Unterstützung von Bauernverbänden aus verschiedenen Provinzen für das neue Gesetz. An der Veranstaltung nahm auch die Autorin des neuen Gesetzes, die Kongressabgeordnete von Perú Libre, Elizabeth Medina Hermosilla, teil. „Unsere Landwirte haben seit mehr als 20 Jahren Probleme mit der Titulierung ihres Eigentums (...) Wo steht, dass das Gesetz für die Abholzung ist, das ist eine Fehlinformation in der Presse“, sagte sie. Vertreter der Landwirte äußerten die Hoffnung, dass die Änderung des Gesetzes ihnen helfen würde, Landtitel zu bekommen. Und der Bürgermeister von Mazamari würdigte die Kongressabgeordnete für ihr „Engagement und ihren Einsatz zugunsten der Bauern des zentralen Regenwalds“. Die Titulierung der Flächen gebe den Familien endlich Rechtssicherheit. Indigene Gemeinden und Organisationen waren bei der Veranstaltung nicht vertreten, eben so wenig die Nationale Forstbehörde SERFOR, aus der es auch Kritik an dem Gesetz gegeben hatte.

Ciro Salazar von der [Stiftung für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung](#) sieht die Lage der kleinen Landwirte im Amazonasgebiet weiter kritisch. Die Regierung müsse den Kleinproduzent*innen, die sich zertifizieren lassen wollen, klar machen, dass es nicht um die Einhaltung der europäischen Norm gehe, sondern um eine nachhaltige Entwicklung, die letztlich auch ihre Existenz sichere. Es gebe mehr als acht Millionen Hektar stark degradierter Ökosysteme, und die Kosten für die Wiederherstellung von nur vier Prozent davon beliefen sich bereits auf 200 Mio. Soles (48 Mio. Euro).

Die Entwaldung zu reduzieren, sei nicht nur aus Umweltgründen nötig, so Salazar. Und es gehe nicht nur um die Frage der Landtitulierung. Das Problem müsse zielgerichteter angegangen

werden: Staatliche Investitionen in Infrastruktur und Technologie, eine stärkere Präsenz des Staates in den ländlichen Gebieten und Strategien, um für Kleinproduzent*innen Marktzugänge zu schaffen, seien nötig. Sonst würden immer mehr Arbeitskräfte in den illegalen Bergbau und in Cocaplantagen abwandern.

Annette Brox



Bilder der Santa Colonia, einer vom Vatikan nicht anerkannten aber in Lima sehr beliebten "Heiligen". ©Adveniat/Martin Steffen

11. Sarita Colonia – die Heilige der Busfahrer und Gauner

Busfahrer in der peruanischen Hauptstadt Lima brauchen Nerven wie Drahtseile, viel Geduld und gesunde Lungen, um den chaotischen und lauten Verkehr und die Abgase viel zu alter Vehikel zu überleben.

Dabei hilft ihnen ein besonderer Schutzengel: Sarita Colonia, die Heilige der Armen in Peru.

Das Bildchen der jungen Frau mit einem ausdruckslosen weißen Gesicht und schwarzen glatten Haaren baumelt an so manchem Rückspiegel. Oft befindet Sarita Colonia sich in Gesellschaft anderer Heiliger wie der Jungfrau Maria oder einem Jesus mit kitschig-offenem Herzen. Wie bei Medikamenten ist auch hier die Devise: Lieber ein bisschen zu viel als zu wenig.

Von Lima aus regierten die Spanier einst ganz Südamerika. Die erste katholische Heilige Amerikas war die Tochter eines spanischen Soldaten, die als Eremitin lebte, sich selber geißelte und mit ihren Gebeten angeblich Lima vor einem Piratenangriff rettete. Rosa von Lima starb 1617 mit 31 Jahren bereits im Ruf der Heiligkeit.



*Dankesplakette am Grab der Santa Colonia, einer vom Vatikan nicht anerkannten aber in Lima sehr beliebten Heiligen.
©Adveniat/Martin Steffen*

Ein unspektakuläres Leben mit Folgen

Auch Sarita Colonia starb jung. Aber damit enden auch die Ähnlichkeiten mit Rosa von Lima. Sarita Colonia kam 1914 als Tochter eines Schreiners in den Anden zur Welt. Die Familie zog in die Hafenstadt Callao, auf der Suche nach einem besseren Leben. Eigentlich wollte Sarita ins Kloster gehen.

Aber als die Mutter starb, musste sie sich um die jüngeren Geschwister kümmern. Daneben arbeitete sie als Verkäuferin auf dem Markt, damit die Familie über die Runden kam. 1940, mit 26 Jahren, starb Sarita an Malaria. Die Familie begrub sie in einem Massengrab neben dem offiziellen Friedhof. Der Vater errichtete ein Kreuz für seine tote Tochter.

Von der Verkäuferin zur Volksheiligen der Ausgegrenzten

Ein unspektakuläres Schicksal, wie es viele Familien in jener Zeit erlebten. Doch genau deswegen wurde Sarita Colonia zur Projektionsfläche für die neuen Bewohnerinnen Limas, die von der peruanischen guten Gesellschaft genauso wenig zur Kenntnis genommen wurden wie die lebende Sarita Colonia – und die, wie sie, im Alltag ums Überleben kämpfen musste.

Sarita Colonia war zwar wegen ihrer Güte und Großzügigkeit in der Nachbarschaft bekannt, hat aber zu Lebzeiten keine Wunder gewirkt. Warum gerade sie zur inoffiziellen Heiligen der kleinen Leute Limas wurde – darüber spekulieren bis heute Volkskundlerinnen und Historikerinnen. Vielleicht, weil die Sehnsucht der gesellschaftlichen „Nichtse“ nach Transzendenz ein Gesicht und einen Namen brauchte, den sie in der offiziellen katholischen Kirche nicht fanden.



Grab der Santa Colonia, einer vom Vatikan nicht anerkannten aber in Lima sehr beliebten "Heiligen". ©Adveniat/Martin Steffen

Mit den Migrantinnen kam der Kult in Fahrt

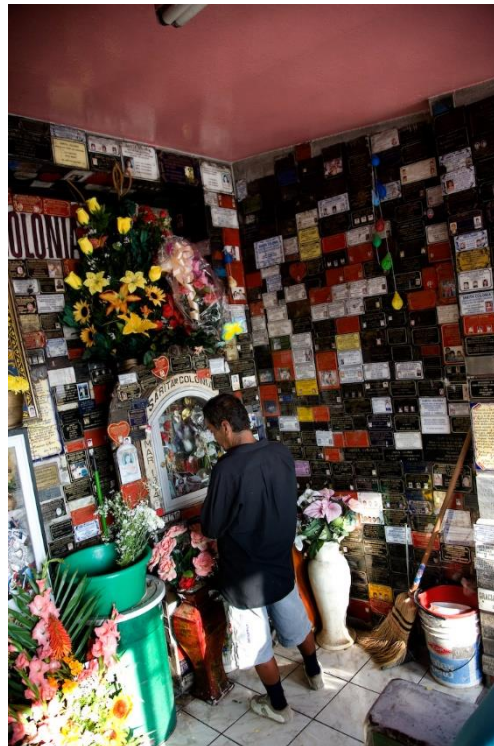
Zuerst kamen die Hafenarbeiter zum Holzkreuz der Sarita Colonia mit ihren Bitten. Richtig los ging der Kult in den 1970er-Jahren. Peruanerinnen aus allen Landesteilen zogen in die Hauptstadt, sie errichteten illegale Armenviertel, schlugen sich mit Hilfsjobs und als Straßenhändlerinnen durch – und waren wegen ihrer meist indigenen Herkunft marginalisiert.

Sarita Colonia wurde zu ihrer Heiligen. In ihr erkannten sich die Ausgeschlossenen wieder, auf die niemand gewartet hatte und die sich ihren Platz in der Hauptstadt erkämpfen mussten.

Ein Mausoleum und tätowierte Mafiosi

Die Familie Sarita Colonias errichtete im hinteren Teil des Friedhofs von Callao ein einfaches Mausoleum für all die Bittstellerinnen, und verkauft dort ihre Kerzen und die Votivbildchen mit dem blassen, ikonenhaften Antlitz der Sarita Colonia. Das Mausoleum ist im Stil eines einfachen Häuschens erbaut, ohne jeglichen Prunk. Das Innere schmücken zig Votivtafeln, die vom vielen Kerzenrauch längst schwarz sind.

Nicht nur die Armen, Hafenarbeiter und Busfahrer erkoren Sarita Colonia zu ihrer Heiligen, auch die Diebe und Gauner suchen bei ihr Hilfe. So mancher Mafioso ließ sich ein Porträt von Sarita auf ein Körperteil tätowieren, besonders gerne, um Narben von Messerstechereien oder Schüssen zu verdecken. Das Gefängnis von Callao ist nach ihr benannt. Im Innenhof befindet sich ein großes Wandgemälde von ihr.



Das Innere des Mausoleums der Sarita Colonia
©Adveniat/Martin Steffen

Migrantinnen trugen ihren Kult in die Welt

Als gegen Ende des 20. Jahrhunderts immer mehr Peruanerinnen vor der Gewalt und der Inflation ins Ausland flohen, begleitete sie Sarita Colonia in alle Herren Länder.

Am 1. März, ihrem Geburtstag, und an ihrem Todestag, dem 20. Dezember, finden auf dem Friedhof von Callao Messen für Sarita Colonia statt. Längst ist sie Teil der Volkskultur. Doch für den offiziellen katholischen Heiligenkalender existiert Sarita Colonia nicht.

Ich trage übrigens auch mein Bildchen der Sarita Colonia im Portemonnaie. Wenn Sarita die Busfahrer in Lima schützt, dann hat sie sicher auch Erbarmen mit [uns Fahrradfahrerinnen](#), damit wir im Verkehrsdschungel von Lima nicht unter die Räder kommen.

Hildegard Willer

Dieser Artikel erschien zuerst in <https://www.riffreporter.de/de/international/starke-frauen-bewegen-lateinamerika-geschichte-und-aktivismus>

12. Lamas, Alpacas, Vicuñas: Perus Kameltiere

2024 ist das Jahr der Kameliden. In Peru leben fast 100 000 Menschen von der Aufzucht von Alpacas, Lamas und Vicuñas.

Nach offiziellen Angaben des peruanischen Ministeriums für landwirtschaftliche Entwicklung und Bewässerung (MIDAGRI) widmen sich in den Hochandengebieten, vor allem in Ayacucho, Arequipa, Apurímac, Cusco, Huancavelica und Puno, mehr als 92.000 Männer und Frauen aus dem ländlichen Raum der Aufzucht südamerikanischer Kameliden.

Dabei handelt es sich hauptsächlich um Alpakas (etwa 4 385 000), was einen Anteil von 80 % dieser Art weltweit ausmacht, sowie 30 % der weltweiten Lamas, 50 % Vikunjas und etwa 1 % der weltweiten Guanakos. Dies ist ein wichtiger Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, und zwar sowohl wegen der bedeutend großen Zahl an eingebundener bäuerlicher Bevölkerung, als auch wegen der Lage in einem besonderen natürlichen Ökosystem in großer Höhe (Páramo), das Nahrung für das Kamelidenvieh bietet. Sein Potenzial für die Wassergewinnung und als Anbieter von Umweltdienstleistungen ist unschätzbar. Nach Angaben von Ojo Público sind rund 160.000 Familien in diesem Sektor tätig, wenn man die verschiedenen Akteure der komplexen Wertschöpfungskette berücksichtigt, die sich hauptsächlich um die Alpakafaser dreht.

Dieses Jahr, 2024, ist das Internationale Jahr der Kameliden. In diesem Rahmen ist es angebracht, insbesondere von peruanischer Seite aus über die Problematik der südamerikanischen Kameliden nachzudenken. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Realität der bäuerlichen Gemeinschaften in den Hochanden, die es aus mehreren Gründen verdient, berücksichtigt zu werden.



Alpakas im Colca-Tal ©Hildegard Willer

Kamelzüchter*innen sind Kleinbäuer*innen

Erstens gehören die südamerikanischen Kamelzüchterfamilien zu den Männern und Frauen in der bäuerlichen Landwirtschaft, die weiterhin die große Bevölkerung des Landes mit Nahrungsmitteln versorgen. Und das, obwohl sie vernachlässigt werden und die Politik auf nationalem Niveau nicht hinterherkommt, ihre materiellen Lebensbedingungen zu verbessern und der zunehmenden Verschlechterung der natürlichen Produktionskapazität des Bodens und der Bereitstellung angemessener Wasserquellen entgegenzuwirken. Mehr als zwei Millionen ländliche Erzeuger*innen in über 6200 bäuerlichen Gemeinschaften sehen sich in ihrem Recht auf ein menschenwürdiges Leben verletzt. Mehr als 90 % von ihnen leben in den Anden, darunter auch die Gemeinschaften, die sich der Weidewirtschaft und der Aufzucht südamerikanischer Kameliden widmen.

Alpakazüchter*innen verdienen kaum etwas

Im speziellen Fall der Alpaka-Gemeinschaften, der wichtigsten Spezies für südamerikanische Kamelidenzucht in Peru, ist die Realität ähnlich und sogar noch schwieriger. Die Bemühungen um die Bewirtschaftung dieser Tiere, die eine einheimische genetische Ressource darstellen und in einem komplexen Ökosystem der Hochanden gezüchtet werden, führen zu äußerst unfairen Handelsbedingungen. Die Wertschöpfungskette von Kleidungsstücken, die aus Alpakafasern hergestellt werden, zeigt, wie wenig Rücksicht auf die bäuerlichen Familien genommen wird. Die nach einem Jahr Zucht erzielten produktiven Erträge belaufen sich auf nicht mehr als 5 Pfund Fasern pro Tier, was einem durchschnittlichen wirtschaftlichen Einkommen von etwa 75 Soles, etwa 17 Euro pro Jahr, entspricht. Das bedeutet, dass eine Familienherde von etwa 100 Tieren im günstigsten Fall etwa 7500 Soles oder 1700 Euro pro Jahr einbringt (625 Soles oder 150 Euro pro Monat). In diesem Zusammenhang sind eine Reihe negativer Faktoren zu berücksichtigen, wie z. B. vorzeitige Sterblichkeit, geringe Qualität und Quantität der Fasern aufgrund von Futtermittel- oder Gesundheitsmängeln oder genetischer Verschlechterung, Preisschwankungen und der Art der Marktnachfrage. In vielen Fällen wird die Fasergewinnung oder Schur alle zwei Jahre durchgeführt, was den wirtschaftlichen Nutzen um die Hälfte reduziert.

Den Wert schöpfen die Händler ab

Zweitens ist die Situation der Alpaka-Züchterfamilien ein deutliches Beispiel für die ungerechte internationale Wertschöpfungskette, die für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte entsteht. Nach Angaben von Ojo Público exportiert Peru Alpakafasern im Wert von etwa 200 Millionen US-Dollar, die von einigen wenigen Unternehmen mit Sitz in Arequipa monopolisiert werden. Von dieser Gesamtsumme erhalten die Alpaka-Züchterfamilien, die das erste Glied in dieser millionenschweren Produktionskette sind, nicht mehr als 10 % der Gesamteinnahmen, und

zwar im Rahmen eines unverhältnismäßigen und völlig ungerechten Tauschsystems. Dessen größte Nutznießer sind die Zwischenhändler (Aufkäufer, Lagerhalter, Einzel- und Großhändler), große, mittlere und kleine Unternehmen der Textilindustrie, Kunsthandwerker und Textilhersteller sowie in- und ausländische Vermarktungsagenten sind, die alle von einer Handvoll monopolistischer Konzerne geführt werden.



Alpaka-Aufzuchtstation im Colca-Tal ©Hildegard Willer

Klimawandel macht sich bemerkbar

Die Alpakazüchterfamilien sind auch von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, die sie anfälliger für klimatische Phänomene in den Ökosystemen der Hochanden machen (etwa Frost, Schneefall, Hagelstürme, Dürren), mit denen daraus resultierenden Schäden für das Leben von Mensch und Tier und für die Wirtschaft der ohnehin schon verarmten und anfälligen Landbevölkerung. Der Rückgang der Feuchtgebiete als Wasserpuffer und der Weideflächen für die Ernährung sind die dramatischsten Indikatoren für die Auswirkungen des Klimas. Sie müssen mit Strategien zur Wiederherstellung der Ökosysteme der Hochanden angegangen werden.

Kamelidenzüchter fordern staatliche Unterstützung

Die auf die Aufzucht südamerikanischer Kameliden spezialisierten Gemeinschaften haben klare Forderungen formuliert, die nach wie vor unzureichend berücksichtigt werden. Sie reichen von der Stärkung ihrer Erzeugerorganisationen, fairen Preisen für die Fasern, dem Ausschluss von Zwischenhändlern, technischer und sanitärer Hilfe und verbesserten Schutzmechanismen für die Tiere, wie der Anpassung an den Klimawandel, bis hin zu einer besseren Grundversorgung der Bevölkerung, einschließlich angemessener Wohnungen und einer besseren Straßen- und Internetanbindung.

Dies sind vielfältige, gerechte und sachdienliche Forderungen, denen gegenüber der Staat sich nicht verpflichtet sieht, und sie daher nicht zu erfüllen gedenkt, obwohl dieser wichtige Teil der Bauerngemeinschaft im Laufe der Zeit nicht nur seine Produktionsfähigkeit, sondern auch seine kulturelle Widerstandsfähigkeit - einerseits als soliden Identitätsfaktor und andererseits bei der Schaffung von Lebensgrundlagen – bewiesen hat. Diese ermöglicht es ihnen, sich als Hüter und Verwalter dieser komplexen Ökosysteme der Hochanden zu erhalten.

Alpakafleisch kann man essen

Die Diversifizierung der Nutzungsmöglichkeiten von Kameliden ist ein weiterer Aspekt, der im Rahmen der Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebensunterhalts der Männer und Frauen, die diese uralte Tätigkeit ausüben, berücksichtigt und gelöst werden muss. Es sind nicht nur die Fasern für den Export, sondern auch das Fleisch für den menschlichen Verzehr, das zur Ernährungssouveränität beiträgt, und die Verarbeitung von Häuten für die Leder- und Kunsthandwerksproduktion, um nur einige Nutzungsmöglichkeiten zu nennen. All dies ist Teil dieser fairen Forderungen, die verschiedene rechtliche, infrastrukturelle, kapazitätsbezogene und vermarktungstechnische Bedingungen erfordern, unterstützt durch öffentliche Maßnahmen, die die Bedeutung des Sektors fördern.



Die Wolle der Suri-Alpakas ist besonders weich ©Hildegard Willer

Es sind vor allem Alpakazüchterinnen

Außerdem ist es erwähnenswert, dass die Alpakaproduktion hauptsächlich von Frauen betrieben wird. Nach Angaben von peruanischen Landwirtschaftsministeriums werden 60 % der Viehzucht (Zucht, Weidehaltung, Klassifizierung, Einstufung, Verkaufsverhandlungen usw.) von Frauen durchgeführt. Darüber hinaus übernehmen sie die traditionellen Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung, ohne dass diese Beiträge zum Gemeinschaftsleben in einem Kontext offensichtlicher machistischer und patriarchalischer Beziehungen anerkannt werden. Die Rückgewinnung der südamerikanischen Kameliden-Zuchtgemeinschaften setzt vor allem die Wertschätzung und Anerkennung der Rolle der Bäuerinnen voraus, die zu verschiedenen Vorteilen und Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie zu einer stärkeren Beteiligung der Frauen an den Entscheidungsprozessen in dem Gebiet führen.

Netzwerke über verschiedene Klimazonen hinweg

Zuletzt sollten die Probleme der Alpaka-Gemeinschaften in eine Perspektive des Regierens und der territorialen Entwicklung eingebettet werden, die nicht nur die hochandinen Ökosysteme der Weidewirtschaft und der Kamelzucht berücksichtigt, in denen so gut wie keine Landwirtschaft betrieben wird. Die anderen Höhen- oder ökologischen Ebenen, mit denen sie interagieren, müssen einbezogen werden, indem sie größere Prozesse der Artikulation, des Austauschs und des gegenseitigen Nutzens fördert. Damit werden die menschlichen Kapazitäten und die Nutzung der natürlichen Ressourcen, die jedes Gebiet besitzt, gestärkt, wie es vor der Kolonialzeit der Fall war. Das bedeutet, dass die bäuerlichen Viehzucht- und Landwirtschaftsgemeinschaften, die ländlichen Erzeuger-, Jugend- und Frauenorganisationen, die kommunalen Behörden und andere Organisationen sowie die Produktions- und Dienstleistungssektoren ihre Kräfte bündeln und demokratische, integrative und gerechte Entscheidungen über die Bewirtschaftung der verschiedenen Ökosysteme, die ihr Gebiet ausmachen, treffen.

Schließlich sollten die Menschen, die sich seit jeher um die Pflege und Bewirtschaftung dieser wertvollen und für Peru so typischen Tierbestände kümmern, mehr Anerkennung erfahren. Es wäre auch angebracht, dass die Hochandengemeinschaften, die südamerikanische Kameliden züchten, zum kulturellen Erbe der Nation erklärt werden. Und dass die Alpacas, Lamas und Vicunhas als Teil der einheimischen Biodiversität, vom Staat geschützt werden, ebenso die Menschen, die sich um sie kümmern.

Carlos Herz Sáenz

Übersetzung: Svenja Pesch

13. Kurz gemeldet – April 2024

Der Gedenkstätte „El Ojo que Llorá“ droht der Abriss

Limas Bürgermeister Rafael López Aliaga hat beim Kulturministerium die Erlaubnis für den [Abriss](#) des Denkmals „El Ojo que Llorá“ (das weinende Auge) auf dem Campo de Marte im Stadtteil Jesús María beantragt. Die Gedenkstätte erinnert an die während der Zeit der politischen Gewalt (1980-2000) ermordeten und verschwundenen Opfer. Der Ort wurde aufgrund seines künstlerischen, kulturellen und symbolischen Wertes im Jahr 2022 zum nationalen Kulturerbe erklärt. Der Interamerikanische Gerichtshof hat das Denkmal als eine Maßnahme der symbolischen Wiedergutmachung für die Familien der Opfer anerkannt.

Statt des Erinnerungsortes will die Stadtverwaltung von Lima jetzt "Sport- oder Erholungsgebiete" anlegen.

„Erinnerung steht für Aufbau, nicht für Abriss“ heißt es in einer Erklärung der Vereinigung Caminos de la Memoria (Wege der Erinnerung). Sie fordert vom Kulturministerium, das für den Schutz des kulturellen Erbes zuständig ist, und vom Justizministerium, zuständig für das Wiedergutmachungsprogramm, den Erhalt der Gedenkstätte zu garantieren.

Amnesty international hat einen Aufruf gestartet, um den Abriss der Gedenkstätte zu verhindern. Der Aufruf in spanischer Sprache kann [hier](#) unterzeichnet werden.

Kohle aus Peru

Wenn von den schlimmen Auswirkungen der Kohleproduktion in Lateinamerika die Rede ist, ist natürlich von Kolumbien die Rede, wo jährlich an die 59 Millionen Tonnen Kohle produziert und ausgeführt werden. Aber auch in [Peru](#) wird Steinkohle (Anthrazitkohle) gefördert: in der nördlichen Region La Libertad in den Andenprovinzen Gran Chimú, Otuzco und Santiago de Chuco. Nicht überraschend, dass auch hier kriminelle Strukturen vorhanden sind, die schlimme Arbeitsbedingungen – auch ausbeuterische Kinderarbeit – beinhalten. Der Verladehafen ist Salaverry bei Trujillo. Pro Jahr werden ungefähr 1 Million Steinkohle produziert. Davon sind ca. 250.000 Tonnen illegaler Herkunft. Hauptsächlich exportiert wird nach Brasilien, Südkorea und China und da schwerpunktmäßig für die Stahl- und Stromerzeugung.

Bei der Produktion von Kohle wird Methangas erzeugt. Bei der Weltklimakonferenz 2017 hat sich auch Peru verpflichtet die Kohleproduktion bis 2040 auslaufen zu lassen. Aktuell nimmt allerdings die Produktion jedes Jahr zu.

Kakaopreis auf Rekordhöhe

Das peruanische Landwirtschaftsministerium (MINAGRI) informiert, dass Kakaobohnen aktuell einen [Höchstpreis](#) erzielen. An der Kakaobörse in New York wird eine Tonne Kakaobohnen für 5.500 US-Dollar gehandelt. In Peru erhalten die Kleinproduzent*innen bis zu ca. 5 € pro Kilo, mehr als doppelt so viel wie 2022. Peru hat 2023 70.500 Tonnen Kakaobohnen exportiert, das sind ca. 38% mehr als 2022. Diese gingen in 48 Länder, hauptsächlich nach Malaysia, Niederlande, Indonesien, Mexiko und Italien. Die peruanischen Produzent*innen profitierten dabei von Dürren und Überschwemmungen in Ghana und der Elfenbeinküste. Einen weiteren Grund für diese Steigerung sieht das Landwirtschaftsministerium darin, dass Peru weltweit führend im Angebot von Bio- und Fair-Trade gesiegelten Kakaobohnen ist.

In der Kakaoproduktion Perus sind ca. 90.000 Familien aktiv, in den Regionen San Martín, Junín, Ucayali, Huánuco und Cusco.

Ein Großteil der Exporte kommt aber immer noch von Plantagen, für die vorher Regenwald abgeholzt wurde.

Inzwischen gibt es hervorragende und immer wieder international ausgezeichnete Schokoladen aus peruanischer Produktion. Diese sind kaum auf dem internationalen Markt zu finden, auch die Fair-Trade-Läden beschränken sich meist auf faire Schokolade aus Bolivien. Hier wäre eine gute Möglichkeit, nicht nur Exporteur von Kakaobohnen zu bleiben.

Entwaldung für Kakao und Palmöl

Ein neuer [Bericht](#) der Environmental Investigation Agency (EIA) zeigt, dass zwischen 2012 und 2021 rund 13.000 Hektar Amazonaswald in den peruanischen Regionen Loreto und Ucayali gerodet wurden, die von Palmöl- und Kakaounternehmen erworben worden waren. Die Untersuchung offenbart systemische Mängel in der peruanischen Regierungsführung, die es den Unternehmen ermöglichten, illegal Land zu erwerben und Umweltvorschriften zu ignorieren. Ein Teil des Palmöls dieser Unternehmen gelangt in die Lieferketten großer multinationaler Unternehmen wie Kellogg's, Nestlé und Colgate.

Das neue peruanische [Forstgesetz](#) begnadigt alle illegalen Abholzungen in der Vergangenheit, wovon die EIA als Freifahrtschein für weitere Umweltschäden warnt.

Die Untersuchung deckt Verstöße gegen die Rechte indigener Völker auf und zeigt eine schwache Regierungsführung und Korruption als Hauptprobleme. Dringend empfohlen wird die Rechenschaftspflicht für illegale Aktivitäten, transparente Vergabe von Landtiteln und Förderung von Menschenrechten und für Waldschützer. Die EIA plant, den Bericht mit staatlichen Stellen, Unternehmen und internationalen Organen zu besprechen, um den Schutz der Wälder zu verbessern.

La Oroya: Interamerikanischer Gerichtshof verurteilt Peru

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH) hat den peruanischen Staat verurteilt, weil er zugelassen hat, dass die [Metallschmelze in La Oroya](#) die Gesundheit und die Umwelt der Bevölkerung beeinträchtigt. Der Staat muss sich nun um die Opfer kümmern und sie entschädigen, so die Verfügung des Gerichts.

In La Oroya, ein Bezirk in den Zentralanden, werden seit 1922 Metalle geschmolzen und raffiniert. Dabei werden Luft, Wasser und Boden verseucht. 2006 wurde La Oroya als eine der zehn am stärksten verschmutzten Städte der Welt eingestuft. 80 Betroffene haben Klage eingereicht, um den Staat zur Verantwortung zu ziehen und Wiedergutmachungsmaßnahmen zu fordern.

In seinem Urteil stelle das Gericht jetzt die Verantwortung und die Versäumnisse des Staates fest. Gleichzeitig ordnete es Maßnahmen zur Wiedergutmachung an, u.a. die kostenlose medizinische Versorgung der Opfer, grundlegende Umweltanalysen und einen Plan zur Beseitigung der Umweltschäden und ein Überwachungssystem für Luft-, Boden- und Wasserqualität.

"Nach 20 Jahren Kampf wurde das Recht der Opfer auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung anerkannt", erklärte die Menschenrechtsorganisation APRODEH bei der Verkündung des Urteils, das sie als "historisch" bezeichnete.

Nur ein Drittel des Durchschnittslohns: Altersrente in Peru

Laut einem [Bericht](#) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) machen die Renten in Peru gerade einmal 33 % des Durchschnittslohns aus und liegen damit deutlich unter dem Mindestsatz von 40 %, den das internationale Übereinkommen zur sozialen Sicherheit festgelegt hat. Die lateinamerikanischen Länder liegen bei etwa 50 %, die OECD-Mitgliedsländer bei durchschnittlich 62 %. Das staatliche Rentensystem hinkt seit Jahrzehnten mit der Anpassung der Mindestrente hinterher. Die Situation bei den privaten Rentenversicherungen ist kaum besser. Sie kommen auf ein Rentenniveau von 34,2 % des Durchschnittseinkommens. Eine Rentenreform ist nicht in Sicht.

Transformationsindex: Peru ist eine „stark defekte Demokratie“

Zum zehnten Mal hat die Bertelsmann-Stiftung den „Transformationsindex“ veröffentlicht, in dem sie unter anderem den Zustand der Demokratien in 137 sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern untersucht. Ergebnis: Autoritär geführte Länder nehmen zu. Das Ergebnis für Peru fällt ernüchternd aus: Das Land wird als „stark defekte Demokratie“ charakterisiert und nimmt Platz 53 ein. Damit ist es innerhalb von zwei Jahren um mehr als 20 Plätze nach hinten gerutscht, 2022 belegte es noch Rang 31. In Südamerika steht Peru vor Venezuela an vorletzter Stelle.

Gemessen wird der Stand politischer Transformation aus fünf Kriterien. Peru erreicht dabei in der Rechtsstaatlichkeit 5,8 von zehn Punkten, bei der Stabilität demokratischer Institutionen 5,0 und bei der politischen und gesellschaftlichen Integration lediglich 4,3 Punkte.

„In Peru sind sofortige und tiefgreifende Reformen notwendig, um autoritären Tendenzen entgegenzuwirken“, fasst die Studie die Lage in Peru zusammen.

Neben der politischen Transformation werden auch die wirtschaftliche Transformation und die Governance bewertet. Alle Informationen zum Transformationsindex finden sich [hier](#).

Bedrohung des Amazonas Regenwaldes beängstigend

Eine aktuelle Studie, veröffentlicht in der Fachzeitschrift [Nature](#), alarmiert über den kritischen Zustand des Amazonas-Regenwaldes. Bis zum Jahr 2050 könnte laut dieser Studie fast die Hälfte des Amazonas-Regenwaldes unwiederbringlich zerstört sein. Diese Prognose basiert auf einer Vielzahl von Faktoren, darunter nicht nur die fortschreitende Abholzung, sondern auch steigende Temperaturen, extreme Dürren und Brände, die den größten Regenwald der Welt in einem bisher unbekannten Ausmaß belasten.

Die Forscher*innen, angeführt von brasilianischen Wissenschaftler*innen, befürchten, dass zwischen 10 % und 47 % des Amazonas in den nächsten 25 Jahren so stark geschädigt werden könnten, dass der Wald den sogenannten "Point of no Return" erreicht, also den Zeitpunkt, an dem er seine Fähigkeit verliert, sich vollständig zu erholen.

Die Auswirkungen eines derartigen Verlustes wären verheerend, nicht nur für die Artenvielfalt des Regenwaldes, sondern auch für die Lebensgrundlage von rund 25 Millionen Menschen, darunter zahlreiche indigene Völker, die im Amazonasgebiet leben.

Besonders besorgniserregend ist auch die Verbindung zwischen der Gesundheit des Amazonas und dem Wasserkreislauf. Weniger Wald bedeutet weniger Regen, was zu mehr Dürren und einem erhöhten Stress für den verbleibenden Wald führt.

Die am stärksten gefährdeten Regionen wurden identifiziert, darunter das nördliche Mato Grosso, Rondônia und die zentrale Region des Bundesstaates Amazonas. Diese Gebiete könnten den Point of no Return besonders früh erreichen, da sie bereits durch jahrzehntelange Abholzung stark geschwächt sind. Die Studie warnt eindringlich vor den katastrophalen Konsequenzen, sollte dieser Trend anhalten und die Schutzbemühungen nicht verstärkt werden.

Exponentielles Wachstum des Dengue-Fiebers

Die Dengue-Fälle in Peru verzeichnen im Jahr 2024 einen dramatischen Anstieg um 97%. Dies wurde von [OjoPúblico](#) festgestellt, wobei mindestens 44 Bezirke, in denen es letztes Jahr nur wenige oder gar keine Fälle gab, jetzt zwischen 100 und 1.021 Fälle melden. Besonders betroffen sind Regionen wie La Libertad, Piura, Ica und Ancash, in denen der Gesundheitsnotstand erklärt wurden.

Das peruanische Gesundheitsministerium berichtet von 24.981 wahrscheinlichen und bestätigten Fällen bis Mitte Februar, was fast einer Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Dieser Anstieg wird auf veränderte Umweltbedingungen, insbesondere höhere Temperaturen, zurückgeführt, die die Ausbreitung der das Fieber übertragenden Mücke begünstigen.

Expert*innen warnen vor dem exponentiellen Wachstum des Denguefiebers in Gebieten, die zuvor wenig betroffen waren, und betonen die Notwendigkeit einer verstärkten Vektorkontrolle und Frühdiagnose. Trotz dieser alarmierenden Zahlen hat Peru bisher keinen Zugang zu einem wirksamen Dengue-Impfstoff. Die Situation wird als regionales Problem eingestuft, da auch andere lateinamerikanische Länder mit ähnlichen Ausbrüchen zu kämpfen haben.

Die Gesundheitsbehörden in Peru sind bemüht, die Situation zu bewältigen, indem sie Fieberstationen einrichten und die Bevölkerung über Präventionsmaßnahmen informieren. Finanzierung und Ausstattung für die Bekämpfung von Dengue müssen jedoch massiv verbessert werden, um den Auswirkungen dieser Epidemie effektiv zu begegnen.

zusammengestellt von Heinz Schulze, Svenja Pesch und Annette Brox

14. Amazonas-Schildkröten sind ein Millionengeschäft

Schildkröten aus dem Amazonasgebiet sind eine beliebte Delikatesse oder gelten als Glücksbringer in Asien.

Bisher haben wir im InfoPeru über viele Produkte berichtet, die - auch illegal - aus Peru exportiert werden. Über den illegalen Export von Schildkröten war bisher kaum etwas bekannt. Der intensiven investigativen Arbeit von Aramis Castro von der Nachrichtenplattform [OjoPúblico](#) ist es zu verdanken, dass mehr Licht in dieses brutale Geschäft gekommen ist.

Die Taricayas ([Terekay-Schienenschildkröte](#)) und Mata Matas ([Fransenschildkröte](#)) sind Schildkröten. Sie stehen auf der Roten Liste der gefährdeten Arten. Sie werden in 30 Staaten exportiert, hauptsächlich nach Hong Kong, China und Taiwan und dienen als Haustiere oder zum Essen. Eine junge Taricayaschildkröte wird für zwei Soles (rund 50 Cent) verkauft.



Die Amazonas-Schildkröte "taricaya" (*Podocnemis unifilis*) ©Andina/difusion

Das Geschäft mit den Schildkröten flog auf, als das zuständige Gericht in der Regenwaldregion Loreto Anfang 2024 die peruanische Unternehmerfamilie Ferreyra Anahuari verurteilte und acht Immobilien, darunter drei Aufzuchtzoos und mehrere Häuser im Wert von insgesamt über eine Millionen Euro konfiszierte, weil diese aus illegalen Geschäften erbaut oder gekauft wurden.

Zwischen 2014 und 2017 war der Exportwert der Schildkröten und anderer Tiere aus deren Geschäften ca. 3,8 Millionen Dollar. Das geschah besonders unter dem Firmengeflecht mit Namen wie *Tropical Fish* oder *Turtles Tropical*.

Andere Tiere wie die große Moteloschildkröte (Arrauschildkröte/Charrapa), Faultiere, Ameisenbären, Leguane, Eidechsen (bärtige Drachen-Bartgame), Chamäleons, Sittiche oder Kröten aus dem Titicacasee werden unter anderem an die Firma Tropicales in El Salvador geliefert, die dann unter anderem nach Saudi-Arabien exportiert. Der Wert dieser Exporte zwischen 2017 und 2023 betrug ca. 6,4 Millionen Dollar.

Wenn zum Beispiel die Taricayaschildkröten pro Stück für 50 Cent verkauft werden, müssen sehr viele verkauft werden, um den Millionenexportwert zu erreichen. Zwischen 2014 und 2023 wird angenommen, dass knapp 4,6 Millionen Taricayas, 70.000 Mata Matas und über 7.000 Motelos exportiert wurden.

Diese Geschäfte konnten und können nur funktionieren, wenn – wie sonst auch – Bestechung im Spiel ist. Beteiligt sind Funktionäre der Ausfuhrbehörden und im Zoll wie auch, so [OjoPúblico](#), der ehemalige Minister Jorge Meléndez Cilis, dem auch vorgeworfen wird, Mitglied in der kriminellen Bande Los Comaleros del Oriente zu sein. Eine weitere strukturelle Taktik ist darin zu sehen, dass eine Firma, die auf die „Schwarze Liste“ der unzuverlässigen Exporteure aufgenommen wurde, schnell ihren Namen ändert und so als „saubere“ neue Firma weitermacht, und dass die zuständige Naturschutzbehörde in der Region Loreto nur drei Personen hat, die diese ganzen Exporte begutachten müssen. Deshalb ist die Zahl der Tiere, die wegen der Kontrolle nicht exportiert wurden auch gering, etwas über 50.000 Tiere im Zeitraum von 2015 bis 2023.

Gut, dass wir hier nicht den TV-Sender Willax haben. Dieser unterstützte die Familie Terreyra Anahuari, indem er behauptete, dass indigene Gemeinschaften sich gegen die Society for the Conservation of Wildlife (WCS) wehren, weil diese sich gegen ihre Interessen stellen. WCS betont, dass sie eine nachhaltige und legale Nutzung der biologischen Ressourcen unterstützen, wenn diese den Gemeinschaften nützen.

Heinz Schulze

[Originalquelle: Aramis Castro, Taricayo o el Lucro, in OjoPúblico](#)

15. Ankündigungen und Hinweise – April 2024

Rohstoffabbau in Bolivien und Peru - eine Gefahr für Mensch und Natur

20. und 21. Juni im Welthaus Stuttgart

Die Bundesregierung hat mit Peru eine Klimapartnerschaft und mit Bolivien ein Abkommen zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes vereinbart. Damit übernimmt Deutschland Verantwortung und will dazu beitragen, die Emissionen zu reduzieren. Gleichzeitig bedroht die Energiewende, die auf die Ausbeutung der Ressourcen in Ländern des Globalen Südens setzt, die Menschen und ihre Ökosysteme.

Anhand der Beispiele Gold und Lithium wollen wir zeigen, welche Konsequenzen der Abbau für Mensch und Natur hat. Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen kommen mit politischen Entscheidungsträger*innen und unseren Gästen ins Gespräch.

Eine Veranstaltung der Ev. Akademie Bad Boll in Kooperation mit der Infostelle Peru, dem Welthaus Stuttgart und DEAB.

Weitere Infos, Programm und Anmeldung [hier](#).

27. April: Tag der Klimademokratie

Die Infostelle Peru macht mit beim Bündnis „Tag der Klimademokratie“: Gemeinsam fragen wir den Bundestag: Was ist der Plan für #FossilfreiUndFair?

Das Bündnis organisiert den zweiten großen Klimadialog mit Bundestagsabgeordneten. Sei online per Video dabei und stell deine eigene brennende Klimafrage. 52 Politiker*innen stehen zum Gespräch bereit.



Wann: am Samstag, 27. April

Wir selber können nicht dabei sein, weil wir auf unserem Peru-Seminar in Köln sind. Wer aber nicht in Köln ist und trotzdem Zeit hat, ist aufgerufen, mitzumachen und Perus Klimafragen an Deutschland an die Abgeordneten zu tragen.

Alle weiteren Infos [hier](#).

Studientag: Kämpfe um Wasser in Lateinamerika

Und noch eine „Konkurrenzveranstaltung“ zu unserem Peru-Seminar: Die Katholische Akademie Freiburg lädt am 26. April zu einem Studientag im Rahmen der Jungen Akademie ein – in Freiburg und online per Livestream.

Nach Inputs von Aktivist*innen aus Lateinamerika und Europa finden zwei parallele Workshops zu Handlungsmöglichkeiten statt. Am Abend folgt eine öffentliche Podiumsdiskussion.

Nähere Informationen [hier](#).

CINELATINO 2024: Länderschwerpunkt Peru

Das Filmfestival CINELATINO hat dieses Jahr den Länderschwerpunkt Peru und den Themenfokus „Anden anders antreffen - Wandel im Hochland Perus“. Vom 1. bis 8. Mai sind in Tübingen, Freiburg, Stuttgart und Reutlingen neue Filme aus Peru zu sehen. Nähere Infos [hier](#).

Crashkurs Rohstoffwende Juni 2024 in Hamburg

„Die Reise des Kupfers: Von der Mine über den Hafen bis zur ressourcenleichten Mobilität“

Onlineveranstaltung am Dienstag 04.06.2024,

Physische Veranstaltung am Donnerstag 06.06.2024 & Freitag 07.06.2024 in Hamburg

für politisch Aktive und Multiplikator*innen

Im diesjährigen Crashkurs Rohstoffwende von PowerShift e.V. liegt der Schwerpunkt auf dem Metall Kupfer. Aus dem Programm: Besuch einer Batterierecyclingwerk in Hamburg; Rohstoffrecycling; aktuelle Herausforderungen und Auswirkungen des Kupferbergbaus in Südamerika, Möglichkeiten der Rohstoffreduktion; energiepolitischen Hafenrundfahrt mehr über die Kolonialgeschichte Hamburgs.

Nähere Infos und Anmeldung (bis 30.4.) [hier](#).

Jetzt kommt sie endlich: Doppelte Staatsangehörigkeit

Freitag, 5. Juli, 19 Uhr

online

Ende Juni tritt das Gesetz zur doppelten Staatsangehörigkeit in Kraft, dass es dann auch Peruaner*innen ermöglicht, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, ohne die peruanische aufzugeben. Die Rechtsanwältin Ana Melva Pérez de Preitschopf hat sich viele Jahre dafür eingesetzt. Sie informiert über die Gesetzeslage und das Prozedere. Nur auf Spanisch. Nähere Infos zur Veranstaltung folgen.

HINWEISE

- **Planspiel „Bergbau im Nebelwald“**

Der Verein INTAG hat das Planspiel „Rohstoffabbau – Bergbau im Nebelwald?“ herausgegeben.

Es ermöglicht das direkte Erleben von Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit Rohstoffkonflikten.

Nähere Informationen und das Planspiel zum kostenlosen Download gibt es [hier](#).

- **Mitmachen und unterschreiben: Die Erinnerung darf nicht zerstört werden**

Amnesty international hat einen Aufruf gestartet, um den Abriss der Gedenkstätte "El ojo que llora" (das weinende Auge) in Lima zu verhindern.

Limas Bürgermeister Rafael López Aliaga hat die Erlaubnis für den [Abriss](#) des Denkmals beim Kulturministerium beantragt. Statt des Erinnerungsortes sollen "Sport- oder Erholungsgebiete" angelegt werden.

Die Gedenkstätte wurde aufgrund ihres künstlerischen, kulturellen und symbolischen Wertes im Jahr 2022 zum nationalen Kulturerbe erklärt. Dieser Ort der Erinnerung ist wichtig, um der während des internen bewaffneten Konflikts (1980-2000) in Peru begangenen Gräueltaten zu gedenken und die Opfer der Gewalt zu würdigen, erklärt Amnesty international.

Der Aufruf gegen den Abriss in spanischer Sprache kann [hier](#) unterzeichnet werden.

- **Neu erschienen: EL QANCHI MACHU AÚN VIVE von Margit Gutmann**

Die Ethnolinguistin Margit Gutmann hat einen großen Teil ihres Berufslebens der Untersuchung der Kultur der Anden, insbesondere der mündlichen Erzählungen auf Quechua, gewidmet.

Jetzt ist ihr Buch „El Qanchi Machu aún vive“ auf Quechua und Spanisch erschienen. Ende 2024 werden die beiden Bände dann auch auf Quechua und Deutsch erscheinen.



Band 1, **El Qanchi Machu aún vive. Cuentos orales quechuas de Pomacanchi. Estudio etnolingüístico en una comunidad campesina de los Andes peruanos**, „stellt eine Reise durch Zeit und Raum dar: Sie führt uns ins Alltagsleben von Pomacanchi in den 1980er Jahren mit seinen Gebräuchen, seinen Festen, seiner Sprache. Aber darüberhinaus öffnen die mündlichen Quechua-Erzählungen, d.h. die mündliche Literatur Pomacanchis, uns ein Fenster, der uns ermöglicht, die Welt aus andiner Perspektive zu sehen, deren Betrachtungsweisen so überraschend sind, wie wir es niemals erwartet hätten,“ kommentiert die Journalistin und Lektorin Rocío Moscoso.

Band 2, **Antología de cuentos orales quechuas de Pomacanchi. Recopilados, traducidos y editados por Margit Gutmann**, ist Zeugnis der Fülle und des Reichtums der mündlichen Quechua-Literatur. Die Anthologie enthält 59 Erzählungen und einen Liedtext. Nach Meinung des Historikers Jan Szemiński „bewahrt diese Anthologie den Text genau so, wie er erzählt wurde: mit Zwischenrufen, Unterbrechungen, Interventionen der Zuhörer. Jede Erzählung wird begleitet von Informationen zu den Umständen, in denen sie erzählt wurde, und von Erläuterungen schwieriger Ausdrücke. Auf diese Weise wird der Charakter eines mündlichen literarischen Werkes beibehalten, und gleichzeitig entspricht dessen Inhalt der mündlichen Tradition der Kultur von Pomacanchi. Beide Bände sind ein Werk, das sich völlig von anderen ethnolinguistischen Untersuchungen und Erzähl-Anthologien unterscheidet.“

Mit diesen beiden Bänden trägt Margit Gutmann zum Verständnis der andinen Kosmovision bei und fördert den Rückgewinn, die Wertschätzung und den Erhalt der Quechua-Kultur und seines Wissens, insbesondere seiner mündlichen Literatur, wie auch die Identifikation der Quechua-Sprecher mit der andinen Kultur. Die Bücher sind eine bereichernde Lektüre sowohl für ein akademisches Publikum als auch für alle Menschen, die daran interessiert sind, die faszinierende Quechua-Kultur und ihre wunderbaren mündlichen Erzählungen kennenzulernen. Zudem können beide Bände in der interkulturellen bilingualen Erziehung eingesetzt werden.

Die ISBN der Kollektion „El Qanchi Machu aún vive“ (zwei Bände, die nur zusammen verkauft werden) lautet: ISBN 978-612-49067-6-3. Erschienen sind sie in Peru im August 2023 bei Ediciones El Lector auf Spanisch, bzw. Quechua und Spanisch.

Hier können die Bücher gekauft werden:

In Peru: in Buchhandlungen: in Lima (z.B. Librería El Vierrey, Librería SBS in der Av. Larco), in Cusco (z.B. Librería Géneis, Librería SBS) und in Arequipa (Librería El Lector, Librería SBS) etc.

In Deutschland (und insgesamt in Europa) können sie online über www.iberamericana-vervuert.es bestellt werden. In Madrid sind sie zudem erhältlich in der Librería Iberoamericana.

Ende 2024 werden die beiden Bände dann auch auf Quechua und Deutsch mit dem Titel „Der Qanchi Machu lebt noch“ im Academia Verlag (Baden-Baden) in der Reihe Collectanea Instituti Anthropos erscheinen.

- **Radiofeature zum Nachhören: Peru - Eine Demokratie die keine mehr ist**

Ein halbstündiges [Radiofeature](#) des Schweizer Rundfunks zur aktuellen politischen Situation in Peru, ein Jahr nach den sozialen Protesten gegen Regierung und Kongress.

16. Peru-Seminar: Just Transition

Just Transition – Sozialer Wandel in Peru

Datum/Zeit:

26. April 2024-28. April 2024

18:00-13:00 Uhr

Veranstaltungsort:

Köln | Tagungshaus St. Georg, Rolandstr. 61, 50677 Köln

Just Transition ist ein politisches Konzept für einen Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen und sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Wir gehen der Frage nach, was dieses Konzept in Peru und in den deutsch-peruanischen Beziehungen bedeutet und wie es umgesetzt werden kann. Dabei setzen wir den Schwerpunkt auf soziale und politische Aspekte.

Wie können wir die Vision eines gerechten Wandels diskutieren angesichts einer dramatischen politischen und demokratischen Krise und einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung im Land? Wer redet da noch vom Ziel der Klimaneutralität?

Wir diskutieren das Konzept Just Transition mit Vertreter*innen der peruanischen Zivilgesellschaft, der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und von in Lateinamerika aktiven Unternehmen. Und anhand von konkreten Beispielen: Das Goldfieber am Fluss Cenepa im Norden Perus bedroht die dort lebenden indigenen Awajún-Gemeinschaften. Anhand dieses aktuellen Konfliktes diskutieren und erproben wir Theorie und Praxis des Konzeptes Just Transition. In Arbeitsgruppen geht es um Gendergerechtigkeit und die Rolle der Frau in der peruanischen Bildungspolitik, um die Ausbeutung von Lithium für die Energiewende – bald auch aus Peru, um Partizipation bei Klimaschutz-Projekten der Klimafinanzierung und um Shrinking spaces und die Rolle der Zivilgesellschaft in Peru.

Mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, interaktiven Methoden und Arbeitsgruppen bieten wir viele Inputs und ebenso viel Raum für Diskussion und Austausch.

mit

- Indira Huilca, Politikwissenschaftlerin und ehemalige linke Kongressabgeordnete
- Dr. Carlos Herz, Anthropologe, Direktor des Centro Bartolomé de las Casas in Cusco
- Dr. Nicole Maldonado Pyschny, Länderreferentin Peru, BMZ
- Orlando Baquero, Geschäftsführer Lateinamerika-Verein e.V.
- Dante Sejekam, Präsident der indigenen Organisation ODECOFROC
- Margaretha Rolfes de Franco, Direktorin des Pädagogischen Instituts Paulo Freire, Lima
- Rocío Meza, Juristin, Action Solidarité Tiers Monde (Luxemburg), früher Instituto de Defensa Legal, Lima
- Silke Lunnebach, Klima-Bündnis e.V.

Das komplette Programm entnehmen Sie bitte dem Flyer.

Deutsch und Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche.

Das Seminar findet in hybrider Form statt. Welche Programmpunkte auch online stattfinden, ist im Programm vermerkt.

Teilnahme-Gebühr: 80 Euro, ermäßigt 45 Euro; Teilnahme online: kostenlos, Spenden erwünscht

17. Danke, Hildegard!

Puh – so schnell sind zwölf Jahre vergangen! So lange schon ist Hildegard Willer die Redakteurin des InfoPeru. Und das soll jetzt vorbei sein? Vor zwei Monaten eröffnete uns Hildegard, dass sie wegen beruflicher Veränderungen die Redaktion abgeben muss. Wir mochten es zuerst nicht glauben – InfoPeru und Hildegard Willer, das gehört doch wie selbstverständlich zusammen!

Dass das InfoPeru sich in der „Peru-Szene“ und darüber hinaus als wichtige und anerkannte Informationsquelle etabliert hat, ist Hildegards Verdienst. Ihre gute Vernetzung mit vielen Akteur*innen und interessanten Menschen hat dazu beigetragen, dass wir immer wieder spannende Themen und Hintergrundberichte aus erster Quelle veröffentlichen konnten.

Neben ihren eigenen gut recherchierten Beiträgen musste Hildegard für jede der – oft sehr umfangreichen – Ausgaben sehr unterschiedliche Texte in eine gut lesbare Form bringen. Das erforderte manchmal nicht nur journalistische Qualitäten, sondern auch Fingerspitzengefühl...

Dass sie konsequent und beharrlich journalistische Grundstandards einforderte, war für die ehrenamtlichen Autor*innen manchmal eine Herausforderung, trug aber wesentlich zur hohen journalistischen Qualität des InfoPeru bei.

Im Laufe der Jahre ist die Zahl der Abonnent*innen kontinuierlich angestiegen, von 800 im Jahr 2014 (von den ersten Jahren gibt es keine Zahlen) bis auf aktuell 1379 Leser*innen. Facebook, Twitter, später Mastodon und Instagram kamen dazu, gottseidank mit Unterstützung eines engagierten ehrenamtlichen Social Media Teams.

Die regelmäßigen Zoom-Redaktionssitzungen – für Hildegard zur Frühstückszeit, für uns am Nachmittag – waren immer interessant und belebend. Die Diskussionen, wieviel negative Realität wir den Leser*innen „zumuten“ wollen, wo sich vielleicht auch die eine oder andere positive und Mut machende Nachricht findet, und wo wir auch mal über den Tellerrand unserer Themen hinausschauen, waren immer spannend und anregend. Und immer hatte Hildegard Ideen für Autor*innen, Interviewpartner*innen oder eigene Texte – eine schier unerschöpfliche Quelle!

Sehr schade, Hildegard, wir waren ein gutes Team und die Zusammenarbeit mit Dir hat immer viel Spaß gemacht! Natürlich verstehen wir Deine Entscheidung und sind gleichzeitig froh, dass Du uns als gelegentliche Autorin und verlässliche Beraterin weiter zur Seite stehst.

Und wir sind sehr froh, dass wir schon eine Nachfolgerin finden konnten. Die Nicole Maron, freie Journalistin aus der Schweiz, die in Cusco lebt, wird ab der nächsten Ausgabe die Redaktion übernehmen. Sie wird sich im nächsten InfoPeru vorstellen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr!

Doch zuerst heißt es Abschiednehmen. Aus der großen Leser*innenschaft des InfoPeru haben wir einige Menschen gebeten, Dir ein paar Worte zum Abschied zu schreiben – fast alle haben gerne und prompt geantwortet. So bekommst Du zum Abschied von uns einen schönen bunten Strauß an Rückmeldungen und Dankeschöns für Deine hervorragende Arbeit.

Annette Brox und Heinz Schulze

Danke, Hildegard, dass Du uns durch die Redaktion von InfoPeru und darüber hinaus für vieles in Peru die Augen geöffnet hast – sozusagen unsere Korrespondentin. Wechselseitiges Vertrauen zeigte sich gerade dann, wenn wir mal in Details (etwa des ‘alternativen’ Goldbergbaus) eine etwas unterschiedliche Sicht hatten.

Hartmut Heidenreich, Kampagne Bergbau Peru

Liebe Hildegard, mit Bedauern habe ich die Nachricht vernommen, dass du nicht mehr als Redakteurin für den Newsletter der Infostelle Peru tätig sein wirst. Als treuer Leser des Newsletters werde ich deine Beiträge sehr vermissen. Hervorheben möchte ich deine besondere Fähigkeit, politische komplexe Inhalte klar und prägnant zusammenzufassen und zu erläutern. In

Kombination mit deinem Fachwissen und deiner angesammelten Erfahrung wurden deine Texte somit zu einer großen Bereicherung und wichtigen Quelle für zahlreiche Leser*innen.

Adrian Oelschlägel, Brot für die Welt, Regionalbüro Lima

Liebe Hildegard, ich schätze deine Arbeit als Journalistin seit Tausenden von Jahren. Du hast das InfoPeru mit großem Einsatz, Engagement, Professionalität und Geschick übernommen. Ich danke dir sehr und wünsche Dir alles Gutes.

Césa Bazán Seminario, Infostelle Peru, Lima

Hildegard Willers Beiträge in InfoPeru sind für mich wie eine Reise durch den Regenwald. Erst wenn man auf einer Anhöhe steht, ergibt sich das ganze Bild. Hildegards Beiträge waren für mich diese Anhöhe. Vielen Dank Hildegard, für die tiefen Einblicke.

Holger Ehram, Ehram Peru-Consult

Der deutsche Journalismus richtet trotz 'Zeitenwende' seinen Blick leider nur sehr selten auf die Welt außerhalb Deutschlands. Hildegard Willer hat mit ihrer Tätigkeit für InfoPeru über all die Jahre hinweg einen wertvollen Beitrag geleistet, um dem etwas entgegenzusetzen, und konnte so auch andere für die Arbeit der Infostelle begeistern – darunter auch mich selbst. Ich bedanke mich für die fruchtbare Zusammenarbeit und hoffe sehr, dass sie in anderer Form eine Fortsetzung finden wird. Hildegard, du wirst dem InfoPeru fehlen!

Jan Doria, Infostelle Peru

Liebe Hildegard, das ist ja mal ein Ding, dass Du dem InfoPeru den Rücken kehrst, ohne die 100 vollzumachen! Natürlich gönne ich Dir Deine neue Stelle, aber ich werde mich umgewöhnen müssen. Das InfoPeru ist ja eine Quelle unerschöpflicher Informationen, aus denen ich immer Nektar für meine eigenen Aktivitäten saugen konnte. Dabei hast Du oft auch Randthemen aufgegriffen, vom Abenteuer des Radfahrens in Lima bis hin zum selbstbestimmten Sterben. Auch wenn ich Deine Meinung nicht immer geteilt habe (so halte ich "fares" Gold immer noch für einen Widerspruch in sich, da konntest Du Hartmut, Kajo und mich nicht überzeugen!), habe ich Deine Artikel und Glossen immer sehr gern gelesen und Deine Reaktionen immer sehr geschätzt.

Alles Gute für Deine neue Stelle, wir bleiben mit Sicherheit im Kontakt. Und die Limeñer Gruppe der Infostelle wirst Du ja hoffentlich weiter begleiten.

Un cordial abrazo

Michael Schrick, Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick und Cajamarca

Liebe Hildegard, während meiner Zeit in Peru (2016-2021) war es immer interessant, Dich zu treffen und mit Dir nicht nur über politischen Themen zu sprechen, sondern v.a. über Deine

Recherchen zur Situation in Limas Armenvierteln, im ländlichen Hochland (Kartoffelanbau!) oder in den Bergbauregionen, über die Migration aus Venezuela und natürlich die Auswirkungen der Pandemie – eine Themenvielfalt, die sich auch in InfoPeru widerspiegelt. Ich erinnere mich sehr gerne an unsere Fahrradtouren – auch über die Fahrradwege in Lima sind ja aus Deiner “teilnehmender Beobachtung” heraus vielbeachtete Artikel entstanden! In diesem Sinne hoffe ich auf weitere spannende Berichte aus Peru!

Liebe Grüße, Sondra Wentzel, ehemalige GIZ-Mitarbeiterin

Liebe Hildegard, ich bedanke mich sehr für die tolle redaktionelle Zusammenarbeit und deine großartige Gastfreundschaft in Lima. Du hast federführend InfoPeru zu einer der wichtigsten und verlässlichsten Quellen über Peru und die deutsch-peruanische Solidarität gemacht. InfoPeru ist ausgesprochen vielseitig und berichtet aus unterschiedlichen Perspektiven und bindet die Akteur*innen und deren Sichtweisen hüben wie drüben gelungen ein. Mir gefällt deine Liebe zu den Details in deinen Beiträgen, die Glaubwürdigkeit und Anschaulichkeit, mit der du sie ‘überbringst. Da fällt mir Schopenhauer ein: “Nichts ist leichter, als so zu schreiben, dass kein Mensch es versteht; wie hingegen nichts schwerer, als bedeutende Gedanken so auszudrücken, dass jeder sie verstehen muss.”

Es ist sehr schade, dass du nun aufhörst aber ich kann es nachvollziehen. Eine Lebensperspektive mit entsprechender Absicherung lässt sich nicht auf der Basis letztlich prekärer und doch engagierter und zeitaufwändiger Arbeit aufbauen. Wie sagte einmal der französische Journalist und Schriftsteller Jules Renard: “Schreiben ist der einzige Beruf, mit dem man, ohne lächerlich zu wirken, kein Geld verdienen kann.” Ich wünsche dir in deiner künftigen Tätigkeit Erfüllung und spannende Erlebnisse. Die Infostelle freut sich sicherlich, wenn du hin und wieder einen deiner Artikel auch für InfoPeru zu Verfügung stellst. Du bist nicht aus der Welt und ich hoffe, dass wir auch in Zukunft zu Peru in Kontakt bleiben und uns hin und wieder persönlich über den Weg laufen.

Alles Gute, Andreas Baumgart, Infostelle Peru und Autor im InfoPeru

Die Beiträge von Hildegard Willer im InfoPeru haben es mir als ehemaligem Freiwilligen in Peru ermöglicht, nach dem Freiwilligendienst auch von Deutschland aus weiter über Themen aus und über Peru informiert zu bleiben. So blieb ich nicht nur auf dem Laufenden, sondern erhielt auch wertvolle Einordnungen der Geschehnisse.

Luca Weigand, ehemaliger Freiwilliger des Freiwilligendienstes der Erzdiözese Freiburg

Am InfoPeru unter der Leitung von Hildegard schätze ich seine sehr aktuelle Themenwahl und Offenheit.

Elke Falley-Rothkopf, Vorstand Infostelle Peru

Liebe Hildegard, du warst während meiner Arbeit für die Infostelle immer eine sehr wichtige und zentrale Person: ob ich den Dank in zwei bis drei Sätzen hinkriege?

Danke für Deine vielen wichtigen und gut geschriebenen Artikel und für die Koordination des InfoPeru! Danke für die vielen Kontakte zu und Vermittlungen von Autor*innen und Referent*innen! Danke auch für die gute und zuverlässige Kooperation!

„Da müssen wir Hildegard fragen...“, hieß es oft im Büro und im Vorstand.

Es ist schade, dass Du aufhörst – aber ich verstehe Deine Entscheidung und finde sie richtig.

Alles Gute für Deine Zukunft!

Jimi Merk, ehemaliger Geschäftsführer der Infostelle Peru

Liebe Hildegard, vielen herzlichen Dank für die Zusammenarbeit seit vielen Jahren mit der Informationsstelle Peru e.V. und für Deine journalistische Unterstützung, die ich immer wertgeschätzt habe. Du hast eine gute Arbeit geleistet und mit viel Engagement viele neue Projekte mit tollen Ideen durchgeführt. Ich wünsche Dir mehr Erfolg und Spaß in Deiner neuen Arbeitsstelle. Auf Wiedersehen!

Norma Driever, Vorstandsfrau Infostelle Peru

Stets am Puls der Zeit, hat Hildegard die wichtigsten Themen für die Leser*innen aufbereitet, ohne dabei den so wichtigen kritischen Blick zu verlieren. Dafür gilt ihr ein großer Dank!

Anna Kohte, Infostelle Peru, Lima

Hildegard Willer habe ich vor Jahrzehnten beim Forum Solidaridad Perú kennengelernt, als sie erzählte, dass sie mehrere Wochen mit dem Schiff von Deutschland nach Peru gefahren ist, was damals wie heute außergewöhnlich war und ist. Auch als sie dann viele Jahre später Immer mit dem Fahrrad zur Universität fuhr, war sie damals eine Vorreiterin bei diesen alternativen Verkehrsmittel, denn es gab noch nicht viele Fahrradwege, und bei diesem verrückten Verkehr in Lima war und ist dies nicht ungefährlich. Toll ist auch, wie sich Hildegard sehr engagiert gegen soziale und politische Ungerechtigkeiten einsetzt, auch mit ihren Artikeln und Analysen über die peruanische Realität ist sie häufig für manche Leute recht unangenehm, aber sehr konsequent. Ich wünsche Hildegard viel Erfolg für ihren weiteren Lebensweg in Peru.

Jürgen Huber, Partnerschaft Peru-Freiburg, Weltkirche Freiburg, Lima

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.